



Ländlicher Raum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

ASG-Tagung
in Schleswig

Existenzgründung in
der Landwirtschaft

Prozess zur Entwick-
lung multifunktionaler
Landwirtschaft

www.asg-goe.de



Ländlicher Raum

verschenken

Ich bin überzeugt von *Ländlicher Raum* und

- möchte ein Jahresabonnement zum Preis von 36,-- € verschenken

Name:

Anschrift:

Die Rechnung geht an:

Name:

Anschrift:

abonnieren

- abonniere ab sofort 6 Ausgaben pro Jahr zum Preis von 36,-- €

Name:

Anschrift:

Ich möchte *Ländlicher Raum* kennen lernen und

- bestelle 3 Ausgaben gegen eine einmalige Schutzgebühr von 5,-- €

Name:

Anschrift:

kennen lernen

Ich zahle per Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung für mein Konto:

Bank Bankleitzahl Konto-Nr.

Datum Unterschrift

**Ausfüllen, kopieren und schicken bzw. faxen an:
Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Kurze Geismarstraße 33, 37073 Göttingen,
Fon (0551) 49 709 - 0, Fax (0551) 49 709 - 16, E-Mail info@asg-goe.de
oder im Internet unter www.asg-goe.de ausfüllen**

ASG	2 Frühjahrstagung 2007 in Schleswig: Kieler Landwirtschaftsministerium stärkt Bottom-up-Ansatz
	15 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V.: Herbsttagung 2007
Agrarpolitik	16 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Alte Stärke und neue Schwächen
Landwirtschaft	18 Hochsauerlandkreis: Innovativer Gutachtenprozess zur Regionalentwicklung mit der Landwirtschaft
	22 Existenzgründung in der Landwirtschaft durch außerfamiliäre Hofnachfolge
	25 Förderpreis Naturschutzhöfe
	28 Förderspektrum der Gemeinschaftsaufgabe (GAK) soll erweitert werden
	29 Urlaub auf dem Bauernhof in Deutschland – eine Analyse des Angebots
	33 Schutz der Bienen notwendig
	34 Gebäudeumnutzung: Bünderei Lehsten – Kulturoase in Mecklenburg-Vorpommern
Ländlicher Raum	36 Interview mit Dr. Gerd Landsberg: Politik für ländliche Räume braucht Neuorientierung
	40 Erhalt kleiner Sparkassen wichtig für ländliche Entwicklung
	44 Master-Studiengang „Regionalentwicklung und Naturschutz“
Personalien	44 Dr. Hans-Hermann Bentrup 70 Jahre
	45 Dr. Ernst-Hermann Taucher 75 Jahre
	45 StS. a.D. Günther Wegge 75 Jahre
	45 Leo Blum in den Verwaltungsrat des neuen Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen gewählt
	46 Stefan Baldus neuer Staatssekretär im Thüringer Landwirtschaftsministerium
	46 Wechsel im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft Dr. Jürgen Staupe folgt Wolf-Eberhard Kuhl
Für Sie gelesen	46 Wege zu einer Blühenden Landschaft
	47 1000 Fragen für die junge Landfrau
	47 Umweltkonflikte verstehen und bewerten
Für Sie gesurft	48 www.citizenspanel.eu

Foto Titelseite: I. Fahning

Frühjahrstagung 2007 in Schleswig:

Kieler Landwirtschaftsministerium stärkt Bottom-up-Ansatz



StS.a.D. Dr. Hans-Hermann Bentrup

Fotos: M. Busch

Ca. 200 Tagungsteilnehmer konnte Dr. Hans-Hermann Bentrup, Vorstandsvorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., bei der diesjährigen Frühjahrstagung in Schleswig begrüßen.

Metropolregionen als Wachstumsmotoren für das Umland

Seit zwölf Jahren werde das Wort „Metropolregion“ wie ein Zauberwort in der Politik gehandelt, so Dr. Hans-Hermann Bentrup. Und wenn man die prosperierende Metropolregion Berlin betrachte, sei zu erkennen, dass mit ihr auch das brandenburgische Umland an Wirtschaftskraft gewinne. Eine vergleichbare Situation sei im südlichen Schleswig-Holstein anzutreffen, wo sechs Landkreise zur Metropolregion Hamburg, einer der wachstumsstärksten Metropolregionen, gehörten. Von dort strahlten deutliche wirtschaftliche Impulse in das Umland aus, das hiervon profitiere. Umgekehrt seien auch die Metropolen nicht ohne intakte ländliche Räume vorstellbar und lebenswert. Ziel der schleswig-holsteinischen Landesregierung sei es, diese Regionen landesplane-

risch gemeinsam zu betrachten und den übrigen ländlichen Räumen im mittleren und nördlichen Landesteil eine eigenständige Zukunft zu geben. Hierfür sei es notwendig:

1. sich auf die Stärken des ländlichen Raums zu besinnen,
2. neue innovative Ansätze zu verfolgen,
3. die Infrastruktur auf einem hohen Stand zu halten, z. B. mit schnellen Datennetzen,
4. ein lebens- und liebenswertes Umfeld zu schaffen und zu erhalten,
5. ein breites Bildungsangebot zu sichern,
6. Produktion und Verarbeitung land- und forstwirtschaftlicher Produkte in der Region zu halten

Mit dem Tagungsthema werde deutlich, dass Anregungen für innovative Ansätze der ländlichen Entwicklung nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch bei den skandinavischen Nachbarn eingeholt werden sollten.

fa

“Landwirtschaft und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte reichen nicht für den ländlichen Raum aus. Wir müssen die Chancen nutzen, die sich in einer globalisierten Welt bieten.“

Altbewährtes und Neues in den Förderschwerpunkten Schleswig-Holsteins

Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, betonte die Relevanz der ländlichen Räume für die derzeitige Politik Schleswig-Holsteins. Insgesamt fielen die EU-Mittel etwa genauso hoch aus wie in der letzten Förderperiode, d. h. in der Summe stünden von 2007 bis 2013 ca. 240 Mio. € zur Verfügung. Im Hinblick auf die Förderung der ländlichen Entwicklung habe das Land eine Menge zu bieten. Da es in Zukunft darum gehe, die Zivilgesellschaft stärker an der Landesentwicklung zu beteiligen und für EU-Programme allgemein verständliche Begriffe zu finden, verwende das Land Schleswig-Holstein anstelle von EFRE, ESF, ELER und EFF die Begriffe Zukunftsprogramm Wirtschaft, Zukunftsprogramm Arbeit, Zukunftsprogramm ländlicher Raum und Zukunftsprogramm Fischerei. Die Programme seien unter dem Dachbegriff Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein zusammengefasst.

Orientierung am LEADER-Konzept

Von Boetticher verwies auf die Bedeutung des methodischen Schwerpunkts nach dem LEADER-Prinzip für das neue Zukunftsprogramm. Insbesondere im Bereich der ländlichen Entwicklung habe man sich frühzeitig mit den erfahrenen Akteuren aus Politik und Verwaltung sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene zusammengesetzt, um Erfahrungen aus der letzten Förderperiode für die Erarbeitung des neuen Programms nutzen zu können. Neben den von der EU geforderten 50 % Nichtregierungsorganisationen seien auch die landesweiten großen Verbände und Institutionen der Wirtschaft, der Umwelt sowie des sozialen und kulturellen Bereichs im Vorstand der Lokalen Aktionsgruppen (LAG) vertreten.

Während in Schwerpunkt 1 die Förderung der Flurbereinigung bewusst von einem überwiegend investiven Förderansatz zu einem Programm mit Kernkompetenz in Bezug auf Bodenordnung weiterentwickelt werde, würden über den Schwerpunkt 2 insbesondere der ökologische Landbau, Natura 2000 und Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie gefördert.

Im Schwerpunkt 3 stünde die Förderung der ländlichen Entwicklung mit dem Konzept „AktivRegion“ nach der LEADER+-Methode im Vordergrund (s. Ländlicher



Minister Dr. Christian von Boetticher

Raum 01/07). Mittlerweile hätten sich landesweit und nahezu flächendeckend 21 Regionen um die Teilnahme beworben. Es entstünden bereits regionale Netzwerke, die auch erstmals – ausgehend von Flensburg – die Oberzentren des Landes in die ländliche Entwicklung einbinden würden. Darüber hinaus würden über den Schwerpunkt 3 investive Maßnahmen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie und innovative Ansätze im Bereich der Förderung regenerativer Energien berücksichtigt.

Positionspapier zur ländlichen Entwicklung

Seine besondere Freude äußerte von Boetticher über die Zustimmung des Kabinetts zu einem ersten Positionspapier zur ländlichen Entwicklung. Damit sei in Schleswig-Holstein erstmals eine Stellungnahme für den ländlichen Raum auf den Weg gebracht worden, die einen Gegenakzent zum Fokus auf die Metropolregionen setze. sk

“Vorschläge sollen aus der Region kommen – Ideenwettbewerb muss sein.“

Kommunalreform als Eckpunkt der ländlichen Entwicklung in Dänemark



Gösta Toft

Das übergeordnete Ziel dänischer Politik sei es, Wachstum und Entwicklung im ganzen Land sicherzustellen, erläuterte Gösta Toft, Bund Deutscher Nord-schleswiger. Eine gezielte Politik für den ländlichen Raum sei dennoch erforderlich und mit der Kommunalreform vom 1. Januar 2007 zur primären Aufgabe der neuen Kommunen geworden. In nur vier Jahren seien die Gebietskörperschaften vollkommen neu strukturiert und die Zahl der Kommunen von 274 auf 98 reduziert worden. Aus bisher 14 Amtskommunen des 5 Mio.-Einwohner-Staates seien fünf neue Regionen entstanden, in deren Zuständigkeitsbereich die Ausarbeitung der regionalen Entwicklungspläne liege.

Die neuen Großkommunen seien heute die kleinsten Gebietskörperschaften des Landes, von denen die meisten aus einem städtischen und einem ländlichen Teil bestünden. Die Größe der Kommunen betrage z. B. in Süddänemark zwischen 50 000 und 70 000 Einwohnern. Neben der Politik für den ländlichen Raum obliege den Kommunen die Flächennutzungsplanung. Mit der neuen Gliederung des Landes in Großkommunen sei eine gute Voraussetzung für die Bildung arbeitsfähiger Lokaler Aktionsgruppen (LAGs) im Rahmen des neuen Landdistriktsprogramms (EU-Förderperiode 2007-2013) auf kommunaler Ebene geschaffen worden.

In der Politik für den ländlichen Raum (in Dänemark Landdistrikt) arbeiteten mehrere Ressorts – Umweltministerium (Raumordnung), Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsministerium (EU-Agrarpolitik „Landdistriktsprogramm“) sowie Innen- und Gesundheitsministerium (Regionalpolitik) – eng mit den Kommunen zusammen.

Hoher Industrialisierungsgrad in Nordschleswig

Zwischen 1975 und 1998 sei die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in ganz Dänemark um 55 % zurückgegangen und der Strukturwandel hin zu großen Betrieben, auch im Öko-Landbau, halte an. Auch Nordschleswig – die südliche Grenzregion zu Schleswig-

Holstein – mit seinen 250 000 Einwohnern sei kein Agrarland. Im produzierenden Gewerbe arbeiteten 28 % der Arbeitnehmer – vor allem in der Metall- und Nahrungsmittelindustrie. Der Industrialisierungsgrad läge etwa doppelt so hoch wie im benachbarten Landesteil Schleswig. Zukünftige Wachstumsbranchen seien die Mechatronik, Transport und Logistik, die Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie sowie der Tourismus.

Probleme des ländlichen Raumes sah Toft im Bevölkerungsrückgang, bei der Verlängerung von Anfahrtswegen zur Arbeit, in der unzureichenden Ausbildung Jugendlicher – 25 % der Jugendlichen im ländlichen Raum haben keinen Berufsabschluss – sowie in der Umwelt- und Lebensmittelqualität, verursacht durch die Intensivierung der Landwirtschaft.

Impulse für den ländlichen Raum

Das Ziel, gute Wohn- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu schaffen, könne nur durch ein ganzheitliches Handlungsprogramm erreicht werden, an dem auch die Ministerien für Verkehr, Energie und das Kultusministerium beteiligt seien. Die Förderung benachteiligter Regionen solle u. a. durch die Verlagerung staatlicher Arbeitsplätze, beispielsweise der Energiebehörde und eines Wissenschaftszen-

“Der richtige Weg ist, sich an Potenzialen im ländlichen Raum zu orientieren, nicht an Problemen.“

trums, aus dem Großraum Kopenhagen in die Provinz erreicht werden. Weitere Förderungen seien eine Initiative zur Begrüßung von

Neubürgern im ländlichen Raum, eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandkabel (bis jetzt sind 98 % der Fläche abgedeckt), die

Beschulung über das Internet („Die Digitale Schule“) sowie ein Schwerpunkt für Kinderkultur auf dem Land („Culture Kidz“). **sk**

Dynamische ländliche Räume sind Finnlands Reichtum

Sakari Ängeslevä, Leiter der Abteilung Ländliche Räume im Finnischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, erläuterte, dass der finnische Siedlungsraum wesentlich von ländlichen Räumen geprägt sei. Fast 30 % der Bevölkerung, etwa 1,5 Mio. Menschen, lebten in ländlichen Regionen. Für eine zunehmende Anzahl von Menschen sei der ländliche Raum allerdings nur Wohn- oder Erholungsort, Arbeit fänden sie in den größeren Zentren außerhalb der Heimatgemeinde. Im Durchschnitt würden 18 % der ländlichen Bevölkerung ihr Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft beziehen.

Programm für ländliche Räume zur Schaffung von 5 000 Arbeitsplätzen

Das Programm für ländliche Räume des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten widme sich Themen wie der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, dem Umweltschutz und dem Zustand der ländlichen Räume. Mit einem Gesamtvolumen von etwa 1 Mrd. € strebe das Programm in erster Linie die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen an, damit die aus der Landwirtschaft wegfallenden

Arbeitsplätze kompensiert werden könnten. Um das ehrgeizige Ziel von 5 000 neuen Arbeitsplätzen zu erreichen, seien folgende Maßnahmen notwendig:

- Diversifizierung der Unternehmenstätigkeit landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe,
- Förderung von Unternehmensgründungen,
- Unterstützung bestehender Betriebe,
- Ausweitung von Maßnahmen, die es Bewohnern ländlicher Regionen ermöglichen, in größeren Zentren zu arbeiten, sowie
- Förderung des Zuzugs von Städtern auf das Land.

Nutzung von Bioenergie als Einkommensquelle

In Finnland decke die Energieproduktion aus Biorohstoffen fast 25 % des Gesamtenergiebedarfs ab. Der größte Anteil dieser Energie werde aus Holz gewonnen, vor allem aus den Abfällen der Landwirtschaft. Die finnischen Wälder hätten im Jahr einen Holzzuwachs von etwa 90 Mio. m³, von denen nur etwa 60 Mio. m³ abgeholzt würden. Wälder böten daher eine enorme Reserve für die Erweite-



Sakari Ängeslevä

rung der Bioenergieerzeugung – 5-10 Mio. m³ mehr Holz als bisher könnten für die Energieproduktion genutzt werden, ohne deren Wachstum zu gefährden, so Ängeslevä.

Der Anstieg der Energiepreise habe bereits in den vergangenen Jahren zu einer Ausweitung der wirtschaftlichen Nutzung von Holzenergie geführt. Forstwirte hätten Unternehmen gegründet, die Wärmeenergie für öffentliche Gebäude, für Fernwärmenetze in Gemeindezentren sowie zum Heizen von Industriehallen verkaufen. Auch der Einsatz von Holzpellets, der für Privathäuser eine Alternative zum Heizöl darstelle, sei in raschem Wachstum begriffen.

“Auch in Zukunft wird der freiwillig erbrachten Arbeit bei der Durchführung von Projekten viel Bedeutung zukommen.“

Verbesserung der dörflichen Infrastruktur notwendig

Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen bestehe ein weiteres wichtiges Programmziel darin, die ländlichen Gebiete als Wohn- und Freizeiträume attraktiver zu gestalten und die Dörfer als lebendige und funktionierende Einheiten zu erhalten. In der kommenden Laufzeit des Programms für die ländli-

chen Räume spiele die Dorfentwicklung daher eine wichtige Rolle, wobei insbesondere infrastrukturelle Maßnahmen (Straßenbau, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Basisdienstleistungen für ältere Menschen) notwendig seien. Weiterhin solle die Versorgung von Unternehmen und Bewohnern ländlicher Räume mit DSL-Internetverbindungen verbessert werden.

Umgesetzt würden diese Ziele in der nächsten Programmperiode von etwa 55 statt bisher 25 Lokalen Aktionsgruppen (LAGs). Ihr Anteil an der für die ländliche Entwicklung eingesetzten Finanzierung sei erheblich. So würden für die LAGs etwa 250 Mio. € aus öffentlichen Mitteln veranschlagt.

OS



Vortragstagung im Schloß Gottorf

Einkommensdiversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe ausbauen

Erika Lenz, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes e.V. (dlv), wies darauf hin, dass sich der Verband seit seiner Gründung im Jahr 1948 intensiv mit dem ländlichen Raum beschäftige. Mit rd. 550 000 (weiblichen) Mitgliedern, die sich in 22 Landesverbänden und 12 000 Ortsvereinen wiederfänden, sei ein großes, bundesweites Frauennetzwerk entstanden, das die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich mitgestalte. Weder in der Vergangenheit – die Anfänge der LandFrauenbewegung reichten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück – noch in der Gegenwart würden sich die LandFrauen mit bestehenden missfälligen Verhältnissen abfinden, sondern würden sich stets dafür einsetzen, ihre Situation zu verbessern.

Zwar werde z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als gesellschaftspolitischer Konsens betrachtet, da es im ländlichen Raum jedoch an attraktiven Arbeitsplätzen v. a. für junge Frauen fehle, zeigten diese eine im Vergleich zu Männern hohe Flexibilität und entschieden sich häufig zur Abwanderung. Aus diesem Grund setze sich der dlv für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Existenzalternativen bzw. Einkommenskombinationen ein, wobei die Bereiche Tourismus und Vermarktung von Lebensmitteln eine wesentliche Rolle spielten.

Zu den bekanntesten Initiativen gehörten Urlaub auf dem Bauernhof/Urlaub auf dem Lande, verschiedene Formen der Direktvermarktung und Hofcafés, von welchen es inzwischen ca. 100 allein auf schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsbetrieben gäbe.

Außerdem biete der dlv zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen etwa zur Kräuterexpertin, Gartenführerin oder Gästeführerin an. Für letztere sei in Schleswig-Holstein eine Qualifizierungsmaßnahme inklusive Sprachkurs speziell für skandinavische Urlauber angeboten worden, um die Anziehungskraft des Bundeslandes für die nordeuropäischen Nachbarn zu vergrößern.

Daneben widme sich der dlv traditionell dem Thema Ernährung. Viele übergewichtige Kinder, weniger gemeinsame Mahlzeiten in der Familie sowie der Trend zu Fertigprodukten stellten den aktuellen Anlass dar, der die LandFrauen dazu bewege, Kindergärten und Schulen zu besuchen, um dort das Verständnis für eine gesündere Ernährung zu wecken und zu zeigen, wie qualitativ hochwertige Gerichte zubereitet würden. Ab dem Schuljahr 2007/2008 sei u. a. die Vorstellung des vom aid infodienst konzipierten „Ernährungsführerscheins“ geplant.



Erika Lenz

Um seine Aktionen und Projekte zu realisieren, so Lenz, scheue sich der Verband nicht, staatliche Unterstützung einzufordern. Gleichzeitig erinnere er die Verantwortlichen in Politik bzw. Verwaltung daran, dass die Lebensbedingungen in ländlichen und städtischen Räumen gleichwertig sein sollten. Hierzu zähle neben der Grundversorgung mit Wasser, Strom und Telefon auch der schnelle sowie kostengünstige Zugang zum Internet mittels Breitbandtechnik. Nur so könnten Arbeitsplatz- bzw. Wirtschaftspotenziale erschlossen und Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Das 2002 gestartete Projekt „IT-LandFrauen“, aus dem z. B. das „Landportal“, ein virtueller Marktplatz hervorgegangen sei, lasse einerseits die Chancen erkennen, sich mithilfe der Neuen Medien ein berufliches Standbein aufzubauen, andererseits zeige es, was noch zu tun sei. ce

“Es ist ein Anliegen unseres Verbandes, Frauen darin zu unterstützen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Wir haben gut qualifizierte Frauen, die ihr Wissen und Können umsetzen möchten, und dabei sollen sie auch gerne etwas verdienen.“

Diskussion

Landwirtschaft allein genügt nicht als Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum

In der Diskussion wurden Bedenken geäußert, ob die Belange der Landwirtschaft in politischen Überlegungen genügend Berücksichtigung fänden. Nicht zu vernachlässigen sei, dass insbesondere die Tierhaltung in den neuen Bundesländern viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum biete. Ein Großteil sei jedoch inzwischen – wie etwa in Mecklenburg-Vorpommern – weggebrochen.

Minister von Boetticher wies darauf hin, dass auch wenn die EU ihre Förderung stärker auf andere Wirtschaftssektoren verlagere, der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein weiterhin eine tragende Rolle zukäme und sie nach wie vor Unterstützung erhalte. So ziele das schleswig-holsteinische 3-Säulen-Modell u. a. auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben ab. Es fließe mehr Geld in die Agrarinvestitionsförderung, gleichzeitig seien die Anforderungen für die Agrarinvestitionsförderung erleichtert worden. Überdies würden Veränderungen bei den Cross-Compliance-Kontrollen und im Verwaltungsvollzug die Landwirte entlasten. Aber auch die unterschiedlichsten, integrierten Ansätze gewannen an Gewicht, z. B. sei das touristische Potenzial Schleswig-Holsteins längst nicht ausgeschöpft. Im Zusammenhang mit der Förderung von Diversifizierungsmaßnahmen wurde sowohl die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel als

auch ihre Herkunft kritisch hinterfragt, da sie nicht nur von der 1. in die 2. Säule verschoben werden sollten.

Einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der dänischen Landwirtschaft stelle die Produktivitätsentwicklung dar. Sie steigere die Lebensqualität der Landwirte und damit die Attraktivität, im ländlichen Raum zu arbeiten. Nichtsdestoweniger müsse stets auf die Nahrungsmittelqualität und die Rahmenbedingungen z. B. bezüglich der Tierhaltung oder des Tiertransportes geachtet werden. Bei Produzenten und Konsumenten, Land- und Stadtbevölkerung sollte gleichermaßen ein besseres Verständnis dafür geweckt werden, zu welchem Preis, auf welchen Kosten bzw. wie Nahrungsmittel erzeugt würden. Die heute boomende ökologische Milchwirtschaft in Dänemark habe ihren Durchbruch aufgrund der gezielten Förderung von staatlicher Seite und des nationalen roten Biosiegels geschafft. Ohne beides hätten die Probleme, insbesondere in der Vermarktung, nicht gelöst werden können.

Auch in Finnland mit einer Bevölkerungsdichte von nur 14 Einwohnern/km² reiche die Landwirtschaft allein nicht aus, um den ländlichen Raum zu besiedeln. Industrie, Unternehmertum und Verwaltung sollten sich nicht auf Städte konzentrieren. Ländliche Regionen seien grundsätzlich genauso auf eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit einem vielfältigen Dienstleistungsangebot angewiesen. Betont wurde, dass europaweit auch abseits von

Großstädten eine schnelle Internetverbindung sowie die Betreuung von Kindern jeglicher Altersstufe zu den unentbehrlichen Dienstleistungen gehöre. Neben Kindergärten seien Krippen und Ganztagschulen notwendig, damit Frauen einer beruflichen Tätigkeit nachgehen könnten. Hinsichtlich der Erwerbsquote von Frauen und Männern, die das jeweilige Betreuungsangebot widerspiegeln, würden sich Deutschland und Dänemark maßgeblich unterscheiden. In Dänemark weiche die Erwerbsquote der Frauen nur um wenige Prozentpunkte von der der Männer ab, bei jungen Frauen sei sie sogar identisch.

Die Partner in den AktivRegionen sollen sich selber zusammenfinden

Während die Richtlinien der EU vorschrieben, dass der Anteil der Zivilgesellschaft am Entscheidungsgremium der LEADER-Regionen mindestens 50 % zu betragen habe, sei es nicht durch Quoten geregelt, inwieweit Frauen, Senioren und andere gesellschaftliche Gruppen oder Verbände vertreten sein müssten. Interessen müssten aktiv eingebracht werden, damit die verschiedenen Problemlagen innerhalb einer AktivRegion erkannt und nach für alle vertretbaren Lösungsstrategien gesucht werden könne. Falls eine bereits bestehende Gemeinschaft, wie z. B. der Landschaftsverein Stapelhorn e.V., über die Grenzen einer AktivRegion hinaus wirke, sollten sich die AktivRegionen vernetzen und gemeinsame Konzepte entwickeln.

ce

Podiumsdiskussion „Ländliche Entwicklung – Neuausrichtung für zukünftige Anforderungen“

Eingangsstatements

Kontinuität mit neuen Impulsen

StS. Ernst-Wilhelm Rabijs, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, verwies in seinem Eingangsstatement auf die Ausführungen Minister von Boettichers, der die Neuausrichtung der Förderung der ländlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein ausführlich dargestellt hatte. Er betonte noch einmal, dass es dem Land wichtig sei, weg von einer Steuerung von oben hin zu mehr Eigeninitiative der Gemeinden zu kommen. Von den AktivRegionen, die aufgrund regionaler Initiativen gebildet und stark von örtlichen Nichtregierungsorganisationen (Verbänden, Vereinen) getragen würden, befänden sich inzwischen 21 im Aufbau. Sie umfassten meist etwa 50 000 bis 100 000 Menschen (im Gebiet der Halligen weniger) und sollten flächendeckend über das ganze Land verteilt werden. Ihnen würde ein Budget von ca. 300 000 € pro Jahr zur



Dr. Hermann Onko Aeikens

Verfügung gestellt (kleinere Regionen weniger), über das sie frei entscheiden könnten.

Darüber hinaus fördere das Land über das Zukunftsprogramm sog. Leuchtturmprojekte, an denen man sich ausrichten könne – größere Projekte, bei denen die knappen Mittel auf wichtige Infrastrukturvorhaben, die einen Schwerpunkt auf arbeitsplatzschaffende Investitionen setzten, konzentriert würden. Durch die weitere Förderung von Projekten aus der vergangenen Förderperiode, wie z. B. der MarktTreffs, werde Kontinuität mit neuen Impulsen gewährt.

Schlüssel liegt in integrierter ländlicher Entwicklung

Dr. Hermann Onko Aeikens, StS. im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt und ASG-Vorstandsmitglied, forderte, den ländlichen Raum auch zukünftig als Arbeits- und Lebensort zu erhalten. Sachsen-Anhalt mit 97 % ländlich geprägten Regionen, in denen fast 80 % der Einwohner lebten, habe bereits 2005 gemeinsam mit verschiedenen Partnern Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raumes erarbeitet. Diese bildeten die Grundlage für das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) und sollten in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 umgesetzt werden. Für die flächendeckende Umsetzung von integrierten Lösungen seien in neun Regionen integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) erarbeitet worden.

Fördermittel aus dem Programm zur Dorferneuerung würden vorrangig für Maßnahmen der Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden mit unter 7 500 Einwohnern und in Kommunen mit zentralörtlicher Funktion verwendet. Ein Schwerpunkt der Politik für den ländlichen Raum sei es, die Abwanderung der Bevölkerung zu stoppen. Aus diesem Grund solle der Förderhöchstbetrag zur Modernisierung von selbst genutztem



StS. Ernst-Wilhelm Rabijs

“Vielleicht haben wir uns bisher zu sehr auf Metropolregionen konzentriert. Heute sind wir froh, dass wir für unsere ländlichen Räume Strategien haben, die sich ergänzen.“

“Von jeder noch so kleinen Entscheidung ist immer ein Teil der Bürger betroffen. Deshalb ist der Dialog mit den Bürgern das A und O. Nur wer offen miteinander umgeht, kann Akzeptanz für Entscheidungen erwarten.“

Wohneigentum für Familien um 10 000 € auf max. 30 000 € angehoben werden.

Zur Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation wolle die Landesregierung stärker auf private Initiativen und öffentlich-rechtliche Partnerschaften setzen, um vordringlich benötigtes Kapital schneller zu mobilisieren. Ansatzpunkte für eine Erhöhung der Wirtschaftskraft sah Aeikens vor allem in der Nutzung regenerativer Energien und der Verwendung nachwachsender Rohstoffe.



Dr. Theodor Weber

Förderung von Modernisierung und Wettbewerb

In Bayern seien 85 % der Fläche als ländlicher Raum anzusehen, in dem knapp 50 % der Menschen in etwa 2 000 selbstständigen Gemeinden lebten, so Min.Dirig. Dr. Theodor Weber, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten und ASG-Vorstandsmitglied. Das Land zähle sich zu den führenden Agrarregionen in Europa und verfüge im ländlichen Raum über eine Dienstleistungslandschaft, die in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten aufgebaut worden sei und heute als vorbildlich angesehen werden könne. Trotz vieler vitaler

Gemeinden gäbe es jedoch auch Regionen, denen der „Schwung“ fehle.

Bayern betrachte die Agrarpolitik schon immer als einen Teil der Gesellschaftspolitik. Das oberste Ziel sei, eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu erhalten. Neu sei das Bayerische Agrarwirtschaftsgesetz, dessen Tätigkeitsfeld stark verbreitert worden sei, sowie ein sog. Zukunftsprogramm für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum. Die Agrarwirtschaft mit Land- und Forstwirtschaft, vor- und nachgelagerten Unternehmen sowie dazugehörigen Dienstleistungen werde als zentrale Säule im ländlichen Raum angesehen. Im Landshaushalt 2007/2008 seien Maßnahmen zur Modernisierung und Wettbewerbsstärkung im ländlichen Raum eingestellt worden – allerdings unter der Prämisse eines ausgeglichenen Landshaushalts. Trotz Kürzungen in der 2. Säule der GAP stünden die Kofinanzierungsmittel in Höhe von 107,5 Mio. € weiterhin in gleicher Höhe wie bisher zur Verfügung, außerdem würden die Kürzungen teilweise durch die Aufstockung von Landesmitteln in Höhe von ca. 25 Mio. € aufgefangen werden.

Weber zufolge würden Rationalisierung und angemessene Wohlstandsentwicklung als große Ziele der Vergangenheit heute nicht mehr tragen, so dass sich die politische Ausrichtung verlagern müsse. Über möglichst viele selbstständige Existenzen solle eine breite Eigentumsstreuung erreicht werden, wodurch die Menschen an den ländlichen Raum gebunden würden. Ziel der bayerischen Politik sei (schon immer), die Multifunktionalität im ländli-

chen Raum zu fördern, dem Prinzip der Subsidiarität Rechnung zu tragen, dezentrale Entwicklungen zu fördern und eine flankierende Wirtschaftspolitik zur Agrarpolitik zu haben, um die Menschen an ihre Heimat zu binden und ihre Kreativität zu unterstützen.



Prof. Dr. Eero Uusitalo

Alle Akteure und Methoden im Komitee für Politik des ländlichen Raums vereint

Prof. Dr. Eero Uusitalo, Generalsekretär Komitee für eine Politik des ländlichen Raums, Finnische Staatsregierung, erläuterte, dass im Zentrum der finnischen Politik für den ländlichen Raum das Komitee, eine Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums, stehe, das von der Regierung ernannt werde und aus 27 Mitgliedern bestehe. Beteiligt seien neun Ministerien, andere öffentliche sowie private Organisationen. Die Arbeit des Komitees werde vom Generalsekretär, seinem Stellvertreter sowie Teilzeitsekretären aus 60 verschiedenen öffentlichen und privaten Organisationen ausgeübt. Dies sei die sog. „Küchen“-Methode, die für die Kontinuität einer umfassenden Politik für den ländlichen Raum auf unterschiedlichen gesellschaftli-

“Wenn wir die Rationalisierung und Mechanisierung perfekt umsetzen, dann könnte man sich in bestimmten Gebieten als Optimum eine Landkreis-AG vorstellen, die diesen Raum bewirtschaftet. Dann ist zwar die Fläche wunderbar gepflegt, aber es sind kaum noch Arbeitsplätze da.“

chen Ebenen Sorge. Daneben existiere eine Projektgruppe, die sowohl nationale Forschung als auch Entwicklungsprojekte zum ländlichen Raum manage, sowie Themen- und Arbeitsgruppen zu den Themen Wohlfahrtsdienstleistungen, Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land, Kultur, Nutzung und Vertrieb von Naturprodukten, Fremdenverkehr, Frauen, Holzwarenindustrie, Lebensmittel, abgelegene ländliche Gebiete, Kommunikation und Aktionsgruppen (siehe Abb. 1). Z. T. agierten die Themengruppen wie ein Labor, das neue Ideen entwickle. Das Komitee bringe Programmanschläge für eine Politik des ländlichen Raums durch Verhandlungen, Projekte, Themengruppen und durch Einflussnahme auf Prozesse auf den Weg und habe hierfür ca. 3 Mio. € zur Verfügung.

Bis auf die Ballungsgebiete seien in ganz Finnland Lokale Aktionsgruppen (LAGs) zu finden. Ihre Hauptaufgabe bestehe darin, Akteure für neue Entwicklungen und Ideen zu finden, ihnen ein Umfeld für ihre Arbeit bereitzustellen und weitere Entwicklungsaktivitäten anzustoßen. Die Spannweite der Projekte zeige die Kreativität und Innovationskraft der Regionen. Als innovativ sei für Finnland anzusehen, dass anders als in den anderen europäischen Ländern die lokalen Bewohner und Initiativen des ländlichen Raums im Vorstand der LAG zu zwei Dritteln vertreten sein müssten, öffentliche Vertreter dagegen nur zu einem Drittel, wodurch die Arbeit an der Basis gestärkt werde. Insgesamt stünden den LAGs von 2007-2013 etwa 350 Mio. € für die Projektarbeit zur Verfügung, ein Drittel davon seien private Mittel.

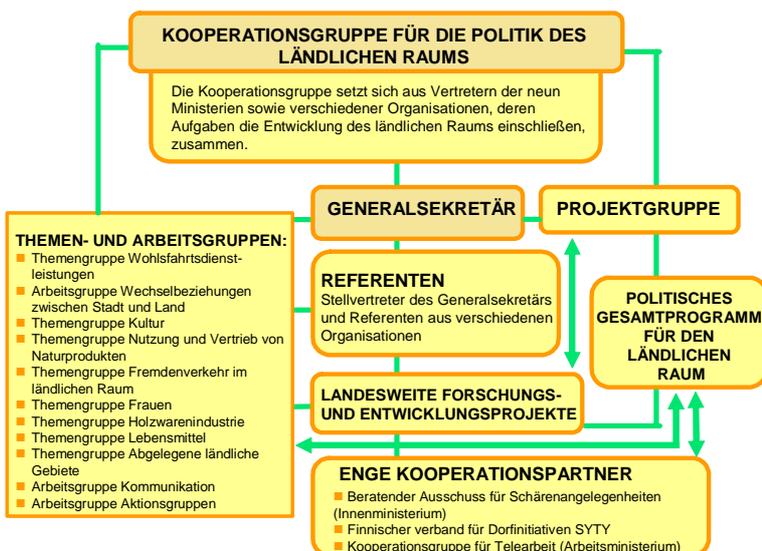


Dr. Norbert Langfeldt

Menschen bilden das größte Potenzial für die Entwicklung ländlicher Räume

Dr. Norbert Langfeldt, Bürgermeister und Amtsvorsteher Preetz-Land, stellte drei wesentliche Punkte der neuen Organisationsentwicklung im Amt Preetz-Land vor, die zunächst eine Neuorganisation der ehren- und hauptamtlichen Verwaltung zur Folge gehabt und langfristig zu erheblichen Einsparungen im Amtshaushalt geführt hätte. Diese sei die Grundlage für die Vertrauensbildung gewesen, um die weitere Entwicklung mit der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE) mit dem Schwerpunkt Demografie sowie ein systemisches Untersuchungstool, das Sensitivitätsmodell von Prof. Dr. Dr. Frederic Vester, durchzuführen. Das Sensitivitätsmodell gehe von der Tatsache aus, dass die Umgebung des Menschen kein bloßes Nebeneinander unzusammenhängender Teile sei, sondern aus einem komplexen System bestehe, in dem jedes Glied mit anderen direkt oder indirekt in Wechselwirkung trete. Neben pro-

Abbildung 1: Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums



“Evaluierungen der Entwicklungsprogramme haben gezeigt, dass lokale Aktionsgruppen als Entwicklungsinstrument und Teil der Politik für den ländlichen Raum zu signifikanten Ergebnissen geführt und Mehrwert geschaffen haben.“

“Man kann nur froh sein, dass die Bürger mit einem zusammen die Regionalentwicklung betreiben [...] dieser Ideenreichtum ist uns schon sehr, sehr wichtig.“

fessionellen Moderatoren seien 16 Laienmoderatoren ausgebildet worden, die eingesetzt würden, um andere Gruppen in das System einzubinden, beispielsweise die Feuerwehren.

Da sich viele kommunale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Gewerbeflächen, Wasser-/Abwasserversorgung, Senioren- und kulturelle Einrichtungen nicht auf lokaler, sondern nur auf regionaler Ebene befänden, müssten innovative Ansätze in der ländlichen Entwicklung die regionale Größe berücksichtigen, die möglichst viele Systemkomponenten einschließe, um die Vernetzung und gegenseitige Beeinflussung mit in eine langfristige und zukunftsfähige Entscheidungsfindung einbeziehen zu können. Unerlässlich sei z. B. eine hohe Flexibilität in Bezug auf die Nutzung kommunaler Bausubstanz.

Der zweite wichtige Punkt seien die demografischen Veränderungen, in denen sich ihre Region seit 1990 befinde und auf die die Menschen in einer Art schleichen-der evolutiver Entwicklung sich selbst organisierend reagierten. Eine kritische Hinterfragung der demografischen Prognosen hielte Langfeldt für dringend angezeigt, da die gesellschaftlichen Eigenkräfte bei der Lösung von Problemen bisher nicht berücksichtigt worden seien.

Der dritte Punkt sei der Gemein-sinn – das gesamte bürgerliche Engagement – als treibende Kraft der ländlichen Entwicklung. Laut einer Untersuchung im Rahmen einer LSE sei der Gemein-sinn (vor der Politik) die wichtigste zukunfts-fähige Kraft, mit der Veränderungen in der Region bewirkt würden. Gerade von den politischen Parteien werde jedoch das bürgerschaftliche Engagement

sehr kritisch gesehen. Diese fühlten sich von den Bürgern sogar bedrängt. Langfeldt vertrat jedoch die Ansicht, dass eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung die Glaubwürdigkeit und Transparenz der Politik stärkten. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements müssten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden – die Erfahrung zeige, dass diese kämen, wenn interessante Themen angeboten würden –, sondern die politischen Parteien müssten dies auch zulassen. Langfeldt schlussfolgerte, dass der ländliche Raum ein großes Potenzial habe, eigenverantwortlich die zukünftige Entwicklung zu steuern. Die AktivRegionen bildeten hierfür eine sehr gute Grundkonstruktion. Wichtig sei, dass die Politik mitziehe und Bereitschaft zur Kompetenzabgabe zeige.

Diskussion

Förderung, um Fehlentwicklungen zu verhindern

Diskutiert wurde, was passiere, wenn die Politik nicht mehr auf Entwicklungen im ländlichen Raum reagiere und keine Fördermittel bereitstellen würde. Hierfür gebe es den Begriff der „Passivsanierung“, bei der das durchschnittliche Einkommen in einer rückständigen Region, die nicht gefördert werde, durch die Abwanderung von Einwohnern mit unterdurchschnittlichem Einkommen und den Zuzug von Einwohnern mit überdurchschnittlichem Einkommen erhöht werde. Diese Vorgehensweise sei allerdings nicht mit der Aufgabe der Politik vereinbar, die Stärken einer Region zu stärken und Fehlentwicklungen zu verhindern. Entscheidungsprozesse

sollten deshalb mit Hilfe von EU-Mitteln gefördert werden, wobei insbesondere das Interesse der jungen Bevölkerung an einer Beteiligung geweckt werden sollte.

Da sich die Probleme von Region zu Region unterschieden, könne nicht mit „Pauschalrezepten“ reagiert werden. So sei der ländliche Raum nicht nur zur Erzeugung von Nahrungsmitteln und Bioenergie da, sondern stelle auch einen Lebens- und Arbeitsraum dar. Wenn man beispielsweise in den heute touristisch attraktiven Landschaften im Alpenraum oder im Bayerischen Wald der Entwicklung ihren Lauf lassen würde, wie beispielsweise im Tokajer-Gebiet in Ungarn, würde sich eine extensive Bewirtschaftung ohne Tierhaltung durchsetzen. Wenn dann

noch die Menschen abwanderten, hätte man zwar u. U. schöne, jedoch unbelebte Landschaften, die weder für Touristen, noch für die Ansiedelung von Unternehmen interessant seien.

Problematisch sei in einigen Ländern immer noch die Beantragung von Fördermitteln, für die häufig an verschiedenen Ämtern Formulare auszufüllen seien. Als positive Beispiele wurden Finnland und Sachsen-Anhalt genannt, wo die Beantragung an einem Amt erfolge. In Sachsen-Anhalt sei es das Landesverwaltungsamt (entsprechend der Regierungspräsidien in anderen Ländern), in dem sich die Zuständigkeiten aller Ministerien wieder fänden. Dies sei erleichternd für Investoren, die hier die Wirtschaftsförderung, den



Foto: F. Jung

ASG-Vorsitzender Dr. Hans-Hermann Bentrup mit den Podiumsteilnehmern Prof. Dr. Eero Uusitalo, Dr. Hermann Onko Aekens, Ernst-Wilhelm Rabius, Dr. Theodor Weber, Dr. Norbert Langfeldt (von links)

Emissionsschutz und den Naturschutz unter einem Dach fänden. Hier werde auch die Zertifizierung der ILEKs (Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte) durchgeführt. Im Amt Preetz gebe es einen Regionalentwickler, der ausschließlich für die Beantragung von Mitteln zuständig sei.

Fehlentwicklung durch Fördermittel

Unterschiedlich zu betrachten sei das Thema Ländliche Entwicklung im Osten und im Westen: In den neuen Bundesländern seien die Strukturen bis zur Wende durch die LPGen geprägt gewesen. Nach deren Auflösung hätten sich neue Strukturen entwickelt, die sich auch von denen im Westen unterschieden. Die Vergabe von Fördermitteln für die ländliche Entwicklung sei hier teilweise sehr erfolgreich gewesen, teilweise jedoch auch gescheitert. So sei in Bezug auf die Gaststättenkultur nicht aus den Fehlern im Westen gelernt worden, wo die Gaststätten seit den 60er und 70er Jahren durch die Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern verdrängt worden seien. In den neuen Bundesländern passiere heute durch die Förderung

des Umbaus leerstehender Gebäude das Gleiche, d. h. der Einsatz von Fördermitteln sei nicht nur positiv und müsse sehr differenziert betrachtet werden.

Kritisch wurde auch die Vergabe von Fördermitteln an die Ernährungsindustrie der neuen Bundesländer, beispielsweise zur Modernisierung von Molkereien nach 1990 angesehen. Diese seien nach Ansicht einiger Investoren nicht unbedingt notwendig gewesen, um die unternehmerischen Ziele zu erreichen.

Auch wenn ländliche Räume nicht finanziell unterstützt würden, entwickle sich manchmal Erstaunliches. So sei die Gefahr der Entleerung ländlicher Räume und die fehlende Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern sehr früh erkannt worden. Hierauf sei mit einem Konzept der dezentralen Konzentration reagiert worden, d. h. Fördermittel seien in die abgelegenen Regionen wie die Lausitz oder Uckermark und gezielt nicht in das Umland Berlins gegeben worden. Auch ohne Fördermittel hätte sich der ländliche Raum Brandenburgs im Speckgürtel um Berlin herum weiterentwickelt und sei gewachsen.

Besonders in den neuen Bundesländern sei problematisch, dass die Bürger kein Vertrauen mehr in die Politik hätten. Hieran müsse gearbeitet werden, damit Politik und bürgerschaftliches Engagement gemeinsam etwas bewirken könnten. Aber auch in den westlichen Bundesländern sei Vertrauen nicht immer gegeben und die Zusammenarbeit nicht immer einfach. Zum einen sei es aus Sicht der Politik z. T. schwierig, Bürger zum Engagement zu motivieren. Diesbezüglich sei es wichtig, nicht den Bürgern nachzutruern, die sich nicht beteiligten, sondern diejenigen zu fördern, die Interesse zeigten und Fachkompetenz sowie Kreativität einbrächten. Über den Multiplikatoreffekt würden diese dann weitere Interessierte mitbringen. Zum anderen würde aus Sicht engagierter Bürger das Bürgerengagement auf kommunaler Ebene durch Verwaltung und Politik teilweise behindert.

Clusterorientierte statt regional orientierte Diskussion

In Bezug auf die Konzentration von Unternehmen wie Zuckerfabriken oder Molkereien gingen die Meinungen auseinander. Einerseits wurde gefordert, dass die Politik über Landes- und Bundesgesetz Rahmenbedingungen zu setzen habe, wie sich die Wirtschaft entwickeln solle, da bei den genannten Konzentrationsprozessen nicht nur betriebswirtschaftliche Ergebnisse, sondern auch die gesellschaftlichen Folgekosten berücksichtigt werden müssten. Hierzu seien die Folgen für Energiepolitik, Straßenbau, Entsiegelung, Infrastruktur, den ländlichen Raum etc. zu zählen. Als positives Gegenbeispiel wurde die Schließung der Zuckerfabrik in Regensburg genannt, die in der Stadt keine Erweiterungsmöglichkeiten gehabt hätte und von der zum einen die Zuckerfabriken in Plattling, Rain am Lech sowie Ochsenfurt und damit der ländliche Raum profitieren würden. Zum anderen könnten in der boomenden Wirtschaftsregion Regensburg durch Firmen wie Siemens oder BMW wesentlich mehr hochwertige Arbeitsplätze entstehen als vorher in der Zuckerfabrik vorhanden gewesen seien. Dies sei auch das Ergebnis einer von unten geführten clusterorientierten Diskussion gewesen. In Bayern werde zzt. von der regional orientierten Entwicklungsdiskussion mit der Fragestellung „Was braucht z. B. die Region Ochsenfurt oder Cham?“ auf eine clusterorientierte Diskussion mit der Fragestellung „Was braucht der Zuckerstandort Bayern – angefangen von den Bauern über den Maschinenbau bis hin zur Verarbeitung – damit er wettbewerbsfähig bleibt oder noch wettbewerbsfähiger wird?“ umgestellt.

Laufende Anpassung an neue Verhältnisse

Auf die Frage „Was hat Zukunft im ländlichen Raum?“ wurde u. a. darauf verwiesen, dass das Zukunft habe, was sich laufend der Entwicklung anpasse, d. h. Entscheidungen von heute müssten ständig überdacht werden und eine Anpassung an die gegebenen Verhältnisse jederzeit möglich sein. Zukunft werde voraussichtlich der Erhalt des Schlosses Gottorf haben, wohin wahrscheinlich auch in 100 Jahren noch Touristen kommen würden.

Flächenkonkurrenz durch Bioenergieerzeugung

Kontrovers wurde auch die Bioenergieerzeugung als Beitrag zur ländlichen Entwicklung diskutiert. Positiv wurde sie angesehen

1. als Einkommensmöglichkeit für die Landwirtschaft,
2. zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum,
3. zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den Städten durch Produktion und Export von Nutzungstechnologie und Dienstleistungen,
4. als Beitrag zur Verbesserung der Energie- und Klimaproblematik und
5. als Beitrag zur Minderung anderer Umweltprobleme.

An einigen Orten ergäbe sich bereits eine Konkurrenz des Mais zur Nutzung für Biogas und

Wärme gegenüber Weizen, eine Verödung ganzer ländlicher Regionen sei jedoch weder in Schleswig-Holstein noch in Bayern abzusehen, da vorher die Grenzen der Nutzung erreicht würden. In Bayern gebe es bereits 1 300 Biogasanlagen, der Anteil der Maisflächen sei jedoch noch nicht so hoch wie zu der Zeit, als es noch sehr viel mehr Tierhaltung in Bayern gegeben habe. Allerdings seien 300 weitere Anlagen in Bau und punktuell sei eine gewisse Konkurrenz entstanden, die jedoch durch den Markt geregelt werden würde.

Ob Landwirte selbstständig blieben oder nur noch als Lieferanten arbeiten würden, sei zum einen eine Frage des Genehmigungsrechtes, zum anderen der Finanzierung. Außenbereichsanlagen könnten nur von Landwirten gebaut werden, die die Biomasse überwiegend selbst erzeugten. Wenn es sich um Großanlagen handele, für die Landwirte nur Rohstofflieferanten seien, läge die Entscheidung bei den Kommunen. Hinsichtlich der Finanzierung gebe es Bereiche, in denen die Landwirtschaft hierzu selbst in der Lage sei, z. B. bei der Herstellung von Energieraps und -öl. Bei Biogas hingegen sei ein mittelständisches landwirtschaftliches Unternehmen in den meisten Fällen finanziell überfordert, hierfür gäbe es jedoch auf dem freien Markt Kapitalgeber. In Sachsen-Anhalt sei die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe/Bioenergie zur besseren stofflichen Verwertung innerhalb der Landwirtschaft stark forciert worden. Problematisch sei die Entwicklung, dass nichtlandwirtschaftliche Investoren langfristige Verträge mit Landwirten für die Erzeugung von Bioenergie/Bioethanol abschließen. Es gäbe bereits Alarmsignale, dass Landwirte die Milchproduktion aufgeben würden, um Biogasanlagen zu bauen.

60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Herbsttagung am 8. und 9. November 2007
in Göttingen

Nahrung und Energie aus der Landwirtschaft

- Gesellschaftliche Bedürfnisse
- Nutzungskonkurrenzen
- Perspektiven
- Regeln

Mitgliederversammlung,
Vorstands- und Kuratoriumswahlen sowie
Vergabe des Tassilo Tröscher-Preises

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Alte Stärke und neue Schwächen

Raffinierte Strategien, vielsagende Beschlüsse und Absatzbewegungen in der Agrarpolitik

beleuchtet von Rainer Münch

Die deutsche Agrarpolitik hat zu alter Stärke zurückgefunden. Sie beherrscht sie noch, die hohe diplomatische Kunst des Sowohl-als-auch, des Vernebelns und Verschleierns, des Überraschungsangriffs auf Freund und Feind. Sie bremst in altbekannter Manier und bewegt sich allenfalls, wenn sich alle bewegen und dann auch nur gegen „Aufpreis“. Fast hätte man befürchten müssen, diese Errungenschaften, in Jahrzehnten von deutschen Landwirtschaftsministern an Brüsseler Ratstischen mühsam erarbeitet, seien verloren gegangen zu Lasten einer schnöden Klarheit, die den Betroffenen keinerlei Phantasie abverlangt, sondern einfach nur sagt, wo es lang geht und die in der Lokomotive sitzt statt im Bremserhäuschen, wenn es ums Gestalten geht.

Anlass zu ernster Besorgnis über den Verlust bewährter deutscher Agrarpolititugenden gaben Äußerungen des amtierenden Bundeslandwirtschaftsministers Horst Seehofer im Herbst letzten Jahres zur Zukunft der Milchquote. Da soll der Minister im kleinen, aber keineswegs geheimen Branchenkreis einen Ausstieg aus der Quotenregelung als alternativlos bezeichnet und zumindest sinngemäß in Woweritschem Duktus sogar noch ein „Das ist auch gut so“ angefügt haben. So eine Festlegung, ohne Not und zu solch einem frühen Zeitpunkt – die Fachwelt rieb sich

verwundert die Augen. Sollte es das gewesen sein in der Grundsatzfrage Milchquote und sollte die Branche bereits wissen, wo sie dran ist, einfach so? Ungläubiges Kopfschütteln landauf landab.

Inzwischen haben allerdings diejenigen Recht behalten, die die besagten Aussagen ohnehin für ein Gerücht, eine Falschmeldung oder beides gehalten haben. Das wäre ja auch noch schöner gewesen, ein bayerischer Landwirtschaftsminister verabschiedet sich sang- und klanglos von der Quote, die sein bayerischer Vor-, Vor-, Vor-, Vorgänger eingeführt hat. Er werde, so Seehofer unlängst im Deutschen Bundestag, „ein Auslaufen der Quote niemals unterstützen, wenn die Kommission und die Mitgliedsstaaten kein sauberes Projekt für die Bauern als Antwort darauf haben, wie dieser Markt aussehen soll.“ Rumms. Das hat gegessen. Damit es nun wirklich alle bis nach Brüssel hören, setzte der Minister noch einen drauf: Er werde die Quote „nicht hingeben, ohne zu wissen, welche Entscheidungen für die Bauern auf der anderen Seite getroffen werden.“

Große Politik

Übersetzt bedeutet dies mindestens dreierlei: Seehofer will sich seine Zustimmung zum Quotenausstieg von der EU-Kommission teuer abkaufen lassen. Das ist insofern ganz große Politik als diese Zustimmung mit ziemlicher Sicherheit gar nicht notwendig sein

wird. Eine Fortführung der Quotenregelung könnte allenfalls die Europäische Kommission vorschlagen. Das wird sie aber auf keinen Fall tun, wie Kommissarin Fischer Boel und hochrangige Beamte mehrfach und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht haben. Als zweite Möglichkeit bliebe ein Beschluss der EU-Agrarminister, der jedoch mit „qualifizierter Mehrheit“ der Mitgliedsstaaten gefasst werden müsste. Dies bedeutet, ein Stimmenanteil von gut 70 % der EU-Länder müsste die Quote behalten wollen. Eine absolute Mehrheit der SPD unter einem Bundeskanzler Kurt Beck erscheint demgegenüber derzeit geradezu todsicher ... Zum zweiten bedeutet die Ankündigung, dass sich die Milcherzeuger weiter in Geduld üben müssen und sich derweil der ein oder andere veranlasst sehen könnte, noch mal kräftig in Quoten zu investieren – man weiß in der (Agrar-)politik ja nie. Und drittens zeichnet sich ab, dass der Quotenausstieg den Steuerzahler ziemlich teuer zu stehen kommen dürfte.

Hasenfüße im Sand

Zu ähnlicher Klarheit wie der Bundesminister hatten sich vorher bereits die Agrarminister der Länder durchgerungen. In einem überaus weisen Beschluss kamen die Ressortchefs nach stundenlangen Diskussionen in Berlin zu der Erkenntnis, dass die Quotenregelung wohl auslaufen werde, weil die Kommission dies so

wolle. Getreu dem Motto, „Bloß keine Angst, lass mich hinter'n Baum“ vermieden die Minister allerdings jeden Hauch eines Anscheins, dass sie ein Ende der Milchquote begrüßen, befürworten, gutheißen, unterstützen oder gar fordern würden. Das Wort „Ausstieg“ wurde geflissentlich und konsequent aus der Beschlussvorlage gestrichen und auf den Index gesetzt. Da hilft es auch nur bedingt, dass einzelne zu Protokoll gaben, die Quote sei mausestot. Rund um die sächsische Landesvertretung in Berlin, in der dieser Beschluss von historischer Dimension gefasst wurde, wollen Beobachter die Abdrücke einer ganzen Armada von Hasenfüßen im märkischen Sand ausgemacht haben.

Von besonderem Charme und strategischem Denken zeugt unterdessen der Vorschlag aus den Reihen der Regierungsfractionen, zunächst solle der Berufsstand entscheiden, dann werde die Politik ihre Position festlegen. Das Primat der Politik bekäme dann wieder eine ganz eigene Bedeutung: die Politik nimmt sich losgelöst von sonstigen Zwängen das Recht, verbandspolitische Vorgaben umgehend umzusetzen, fast wie in guten alten Zeiten, in denen Agrarpolitik zwischen Landwirtschaftsministerium und Berufsstand noch „aus einem Guß“ betrieben wurde ... Allerdings tut sich der Deutsche Bauernverband in der Frage der Milchquote auch nicht ganz leicht. Sichtbar wird dies an der Person Sonnleitner. In dessen Brust schlagen bekanntlich zwei Herzen, das des DBV-Präsidenten und das des Obersten vom Bayerischen Bauernverband. Vor diesem Hintergrund ist es nicht leicht, eine Haltung zu formulieren, die zwar einerseits nichts anbrennen lässt im Hinblick auf den Quotenausstieg, andererseits aber auch die Skeptiker mitnimmt, fällt doch vielen bayerischen Erzeugern der

Abschied von der Quote sichtlich schwer. Vor diesem Hintergrund erscheinen Sonnleitners verbale Rittberger in der Quotenpolitik zumindest nachvollziehbar. Um so mehr wäre es die ureigene Aufgabe der Politik, Flagge zu zeigen. Offenbar haben die maßgeblichen Agrarpolitiker nach allem, was man so hört, zwar die Einsicht gewonnen, dass die Milchquote in liberalisierten Märkten nicht nur überhaupt nichts bringt, sondern gerade den Erzeugern das Leben schwer macht, die auch übermorgen noch produzieren wollen. Warum sie das dann allerdings nicht laut sagen, erschließt sich dem Betrachter nicht gleich. Doch nicht etwa, weil es Gegenwind geben und Liebesentzug bei anderen politischen Vorhaben drohen könnte?

Die Kluft wird größer

Die Milchpolitik steht allerdings auch für eine sichtbare und größer werdende Kluft innerhalb der Berliner Koalition, und zwar auch in der Agrarpolitik. War das schwarz-rote Projekt im Agrarbereich ohnehin von Beginn an allenfalls eine Vernunftfehle ohne jeden Anflug von Liebe und Leidenschaft, zeigen die Beteiligten das inzwischen immer öfter auch nach außen. In der Milchdebatte warnte der niedersächsische SPD-Abgeordnete Wilhelm Priesmeier unlängst vor einer Überbetonung der süddeutschen Sichtweise. Gefordert werde eine Haltung, „die die Verantwortung für alle deutschen Bundesländer widerspiegelt.“

Die Reformpläne in der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung wertet die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Waltraud Wolff als „einzige Enttäuschung“. Den Anlass dazu bietet Seehofers Absage an einen Bundesträger, nachdem mehrere Länder ihren Widerstand gegen die wiederholt und mit allem Nachdruck von See-

hofer angekündigten Reformpläne – „an einem Bundesträger geht kein Weg vorbei“ – zum Ausdruck gebracht haben. Nunmehr soll es nach den Vorstellungen des Ministers keinen Bundesträger geben. Es sollen lediglich zusätzliche Aufgaben von den regionalen Trägern auf die Spitzenverbände übertragen werden. Wolff wirft dem Minister mangelnde politische Durchsetzungsfähigkeit vor. Anstatt die Länder ins Boot zu holen, sei er „zu ihnen ins Boot“ gestiegen. Die SPD-Politikerin scheint von der mangelnden Reformbereitschaft in der LSV sogar zunehmend genervt zu sein und stellt schon die Frage nach der Eigenständigkeit des Systems.

Vertrauen ist gut, ...

Über die Erleichterung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungen und Vereinfachungen insbesondere für die Genehmigung von Stallanlagen haben die Koalitionäre mehr als ein Jahr verhandelt. Letztlich hat sich die SPD ihre Zustimmung durch die – schriftliche – Zusage abkaufen lassen, die Kartoffelsorte Linda in die Erhaltungssortenzüchtung aufzunehmen und so ihren weiteren Anbau zu ermöglichen. Eine anstehende Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes ist bereits mehrfach vergeblich Thema der Fraktionschefs gewesen. Über der Frage, ob in Natura 2000-Gebieten Holzeinschlag und Grünlandumbruch künftig von der guten fachlichen Praxis gedeckt sind oder einer Verträglichkeitsprüfung bedürfen, sollen die Fachpolitiker den Versuch einer Konsensfindung inzwischen eingestellt haben.

Funkstille herrscht derzeit auch bei der Novelle des Gentechnikgesetzes. Die letzte Verhandlungsrunde der Koalitionsarbeitsgruppe soll wort- und grußlos, aber immerhin ohne Rangeleien zu Ende gegangen sein. ■■■

Hochsauerlandkreis:

Innovativer Gutachtenprozess zur Regionalentwicklung mit der Landwirtschaft

Fritz Hemme und Prof. Dr. Hermann Schlagheck*

Foto: F. Hemme

Das Sauerland soll auch in Zukunft ein attraktiver Lebensraum und Wirtschaftsstandort für die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger sein. Dazu gehört eine wirtschaftlich intakte und multifunktionale Landwirtschaft, die vielfältige Aufgaben für die Gesellschaft wahrnimmt. Deswegen sind unter dem Motto „Chancen erkennen...!Chancen ergreifen...!“ im Zusammenwirken von Hochsauerlandkreis und Landwirtschaftskammer – auf der Grundlage einer Situationsanalyse – Einflussfaktoren, Ziele, Handlungsmöglichkeiten und Projektansätze erarbeitet worden. Dieses innovative Vorgehen, bei dem insbesondere praktizierende Landwirte einbezogen werden, bietet sich auch für andere Regionen an.

Motive und Ziele

Das Ziel, auch in Zukunft ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum zu sein, erfasst und verpflichtet alle gesellschaftlichen Gruppen und Wirtschaftsbereiche. In der Landwirtschaft gilt es für mehr als 10 000 Personen auf 2 200 Höfen im Landkreis.

Wegen des Wandels der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (Globalisierung, demografischer Wandel, knappe öffentliche Mittel) verfolgt der Hochsauerlandkreis bereits seit Jahren eine aktive Kreisentwicklungspolitik, um die kurz-, mittel- und längerfristig notwendigen Schritte anzustoßen und sich im zunehmenden Wettbewerb der Regionen zu behaupten.

Mit Blick auf die multifunktionale Landwirtschaft ist der Hochsauerlandkreis vornehmlich als Träger der Landschaftsplanung, als Umweltbehörde und als Motor in der Kreisentwicklung gefordert. Er will daher angesichts der grundlegenden Änderungen in der Agrarpolitik mit wahrscheinlich sinkenden Transferzahlungen sichern, dass die Kulturlandschaft auf Dauer gepflegt wird, die Ressourcen schonend genutzt werden und die Familien auf den Höfen ein ausreichendes Einkommen erzielen.

Umgekehrt sind die landwirtschaftlichen Organisationen im Hochsauerlandkreis sehr daran interessiert, dass die Entwicklung zukunftsfähiger Betriebe und Erwerbsformen gestützt, das außerlandwirtschaftliche Arbeitsplatzangebot gesichert und gemeinsam mit der Landwirtschaft die Möglichkeiten der integrierten ländlichen Entwicklungspolitik genutzt werden. Diese Berührungspunkte – eine gemeinsame Schnittmenge an Interessen und Motiven – waren der Grund dafür, auf einer fundierten Informationsgrundlage Ziele, Strategien und Maßnahmen herauszuarbeiten, anzustoßen und die notwendigen politischen Entscheidungen voranzubringen.

* Fritz Hemme, Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Bezirksstelle für Agrarstruktur Arnsberg, Kreisstelle Hochsauerland, Fon (0291) 9915-61, Fax (0291) 9915-33, E-Mail Fritz.Hemme@LWK.NRW.de
Prof. Dr. Hermann Schlagheck, Universität Bonn

Beteiligte und Arbeitsweise

Im Auftrag des Hochsauerlandkreises haben die örtlichen Dienststellen der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2005 und 2006 einen innovativen Gutachtenprozess zur integrierten Regionalentwicklung mit der Landwirtschaft moderiert und dokumentiert.² Die an diesem Prozess beteiligten Gruppen und das stufenweise Vorgehen sind in Abb. 1 dargestellt. Den Anstoß haben der Vorsitzende des Kreisumweltausschusses, Rötger Belke-Grobe, und Kreisdirektor Winfried Stork gegeben; sie haben auch die Lenkungsgruppe geleitet.

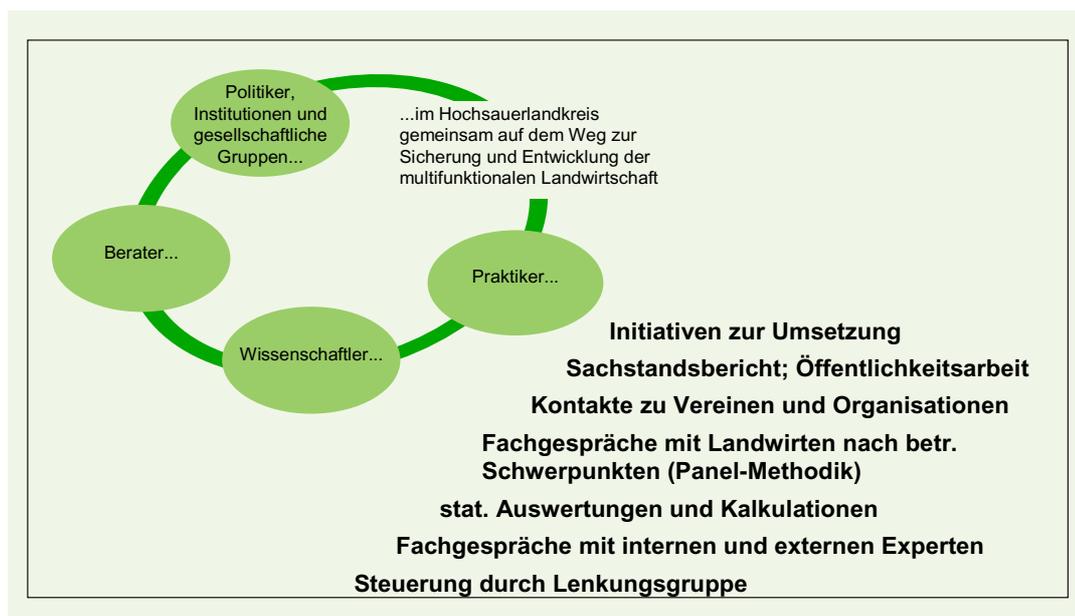
Als externe Fachleute konnten u. a. Prof. Dr. Hermann Schlagheck, Universität Bonn, als Experte für die integrierte ländliche Entwicklung sowie für Kommunikation und Beratung und Prof. Dr. Michael-Burghard Piorkowsky als Spezialist für Erwerbs- und Einkommenskombinationen sowie Existenzgründungen gewonnen werden. Dr. Arndt Reil, Unternehmensberater mit dem Schwerpunkt Milch, war lange Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Braunschweig. Er hat die Panel-Diskussionen angeregt, bei denen – unterteilt nach betrieblichen Schwerpunkten – praktizierende Landwirte ihre Einschätzungen und Erwartungen zur Entwicklung der Landwirtschaft einbringen konnten. Insbesondere dieses Element des Gutachtenprozesses hat zu den konkret regions- und betriebsbezogenen Ergebnissen und Empfehlungen beigetragen.

Aus der Kreisverwaltung und der Landwirtschaftskammer waren Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen (u. a. betriebswirtschaftliche Beratung, Regionalentwicklung und Planungen, Landschaftsbehörde) beteiligt. Die landwirtschaftsnahen Organisationen sowie Institutionen mit Berührungspunkten zur Landwirtschaft waren über Gespräche mit Vorständen und Multiplikatoren eingebunden.

Die Integration der zahlreichen Teilaspekte sowie die Rückkopplung mit dem Auftraggeber und in die Politik hinein erfolgte in der Lenkungsgruppe und über Zwischenberichte im Kreisumweltausschuss. Bei allen Gesprächen und Kontakten ging es darum, die Zukunftseinschätzung möglichst breit vorzunehmen, um so auch zur stärkeren Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Vorschlägen zu motivieren. Der vorliegende Sachstandsbericht ist somit Ergebnis eines längeren Dialog- und Partizipationsprozesses.

² Quelle: Sachstandsbericht

Abbildung 1: Beteiligte und Arbeitsweise im Zeitablauf (2004 – 2007)



Ergebnisse und Empfehlungen

Die Situationsanalyse sowie die zu erwartenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen können für den Hochsauerlandkreis in folgenden Stichworten zusammengefasst werden:

- unterschiedliche und schwierige landwirtschaftliche Produktionsbedingungen
- große Vielfalt bei den Produktions- und Erwerbsschwerpunkten sowie der Betriebsstruktur mit entsprechend großen Interessenunterschieden
- schon derzeit starke Verzahnung von Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft (82 % der Betriebe mit Erwerbskombinationen bzw. im Nebenerwerb)
- schärferer Wettbewerb auf landwirtschaftlichen Produktmärkten; Chancen bei nachwachsenden Rohstoffen (insbesondere Holz)
- Rückgang der staatlichen Ausgleichszahlungen an Landwirte
- zunehmender Wettbewerb der Regionen um knappe öffentliche Mittel
- zunehmende Eigenverantwortung der Menschen in den Regionen.

All diese Faktoren werden zu einem weiteren Strukturwandel in der Landwirtschaft führen, den es zu gestalten gilt. Deswegen wurde – wie in Abb. 2 schematisch dargestellt – für **alle** betrieblichen Schwerpunkte und Handlungsfelder untersucht, welche Herausforderungen sich für den einzelnen Landwirt bzw. Gruppen von Landwirten ergeben, was die regionalen Entscheidungsträger tun können und welche Erwartungen an die Politik von EU, Bund und Land bestehen.

Abbildung 2: Handlungsmöglichkeiten und Herausforderungen für...

Welche Herausforderungen werden gesehen für ... ¹⁾				
	...den einzelnen Landwirt	...alle Landwirte; Gruppen von Landw.	...die regionalen Entscheidungsträger	...die Politik von EU, Bund, Land
...die betrieblichen Schwerpunkte				
- Milchproduzenten				
- Spezialbetriebe Weihnachtsbaumbau		Chancen erkennen...!		
- Ackerbau-Schweinehaltung				
- Gemischtbetriebe				
- Nebenerwerbsbetriebe	Chancen ergreifen...!			
...die angedachten Handlungsfelder				
- Entwicklung der Landwirtschaft				
- Erwerbs- und Einkommenskombinationen				
- Kooperativer Ressourcenschutz				
- Natur- und Landschaftsentwicklung				

1) als Überblick für die Strukturierung der Diskussionen

Das Motto dieses Teils der Arbeit war „Auf jedem Hof und in jeder Familie: Chancen erkennen und Chancen ergreifen!“ Wie an Abb. 3 beispielhaft zu erkennen, gibt es in den einzelnen Betriebsgruppen zahlreiche Handlungsmöglichkeiten. Was davon für die

einzelne Familie oder das einzelne Unternehmen infrage kommt, soll mit der einzelbetrieblichen Beratung entschieden werden. Dabei sind unterschiedliche agrarpolitische Szenarien zu berücksichtigen.

Abbildung 3: Familieneinkommen und Arbeitsplätze sichern im Milchviehspezialbetrieb (groß)

Familieneinkommen und Arbeitsplätze sichern im Milchviehspezialbetrieb (groß)

Handlungsmöglichkeiten/Entwicklungspfade

- Ausstieg mit Verkauf der Quote
- Ausstieg per Gesamtbetriebsverpachtung
- Reduktion der Herde; Ziel eine Voll-AK
- Reduktion der Herde; Übergang zur Nebenerwerbslandwirtschaft
- Konstanz der Herde; Abbau eines anderen Betriebszweiges
- Erweiterung der Herde auf 90 Kühe durch Anbau
- Erweiterung der Herde auf 90 Kühe mit Aussiedlung
- Erweiterung der Herde auf 130 Kühe mit Aussiedlung
- Fusion mit anderem 40-Kuh-Betrieb
- Fusion mit anderem 80-Kuh-Betrieb
- außerlandw. Kapitalanlage

Ziele

- Familieneinkommen sichern
- Vermögen erhalten
- Unternehmen entwickeln
- Arbeitsplätze sichern
- Arbeitsbelastung begrenzen

Situation

- 65 Kühe
- gute Produktionstechnik
- solide Finanzierung

Herausforderungen

Kennen wir als Familie unsere persönlichen Ziele und Stärken?

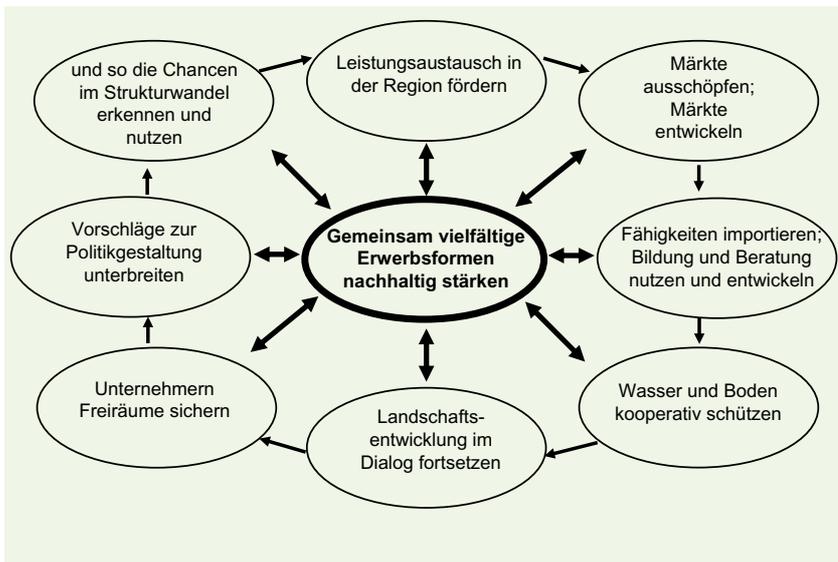
Wollen wir... und können wir...

- mehr Kühe halten und mehr arbeiten
- mit anderem Landwirt kooperieren
- Teilzeit-, oder Lohn-AK einstellen
- außerlandw. tätig sein

Habe ich... haben wir...

- genügend Managementerfahrungen
- genügend Investitionskapital
- einen ausbaufähigen Betriebsstandort
- Aussicht auf weitere Flächen

Abbildung 4: Übersicht zu den regionalen Handlungsmöglichkeiten



Die **regionalen** Handlungsmöglichkeiten und Erwartungen an die Politik sind unter der Überschrift „Gemeinsam vielfältige Erwerbsformen nachhaltig stärken“ zusammengeführt und teilweise in Abb. 4 im Überblick dargestellt.

Insgesamt wurde aus der Analyse von Stärken und Schwächen deutlich, dass es trotz voraussichtlich sinkender Transferzahlungen durchaus wirtschaftliche Perspektiven für die Familien auf den Sauerländer Höfen gibt. Die Herausforderung ist allerdings, die Ideen und Handlungsansätze in die Tat umzusetzen.

Die weiteren Schritte

Für die Zukunft kommt es in den landwirtschaftlichen Familien und Unternehmen entscheidend darauf an, sich über die Änderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu informieren und mit der Beratung die sich bietenden Entwicklungschancen zu nutzen.

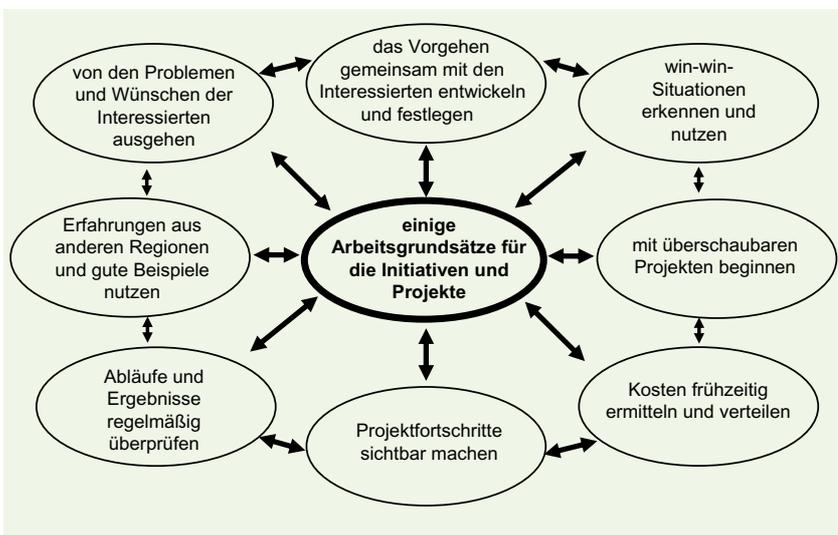
Die nächsten Schritte auf dem Weg zur Sicherung und Entwicklung einer multifunktionalen Landwirtschaft im Hochsauerlandkreis sind in vier Initiativen gebündelt,

- der Informationsinitiative
- der Zusammenarbeits- und Dienstleistungsinitiative
- der Weiterbildungsinitiative
- sowie der Kulturlandschafts- und Ressourcenschutzinitiative,

um in einer vernetzten Weise möglichst viel Eigeninitiative zu mobilisieren. Dabei sollen die in Abb. 5 festgehaltenen Arbeitsgrundsätze beachtet werden.

Aus dem Gutachtenprozess ist ein Sachstandsbericht entstanden, der fundierte und breit getragene Informationen zur Situation und vermutlichen Entwicklung der Landwirtschaft enthält. Der gemeinsame Weg führte zu Verständnis und Akzeptanz zwischen allen landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen sowie zwischen der Landwirtschaft und den anderen gesellschaftlichen Gruppen. Eine Übertragbarkeit des inhaltlichen und methodischen Vorgehens auf andere Regionen ist möglich.

Abbildung 5: Einige Arbeitsgrundsätze für Initiativen und Projekte



Existenzgründung in der Landwirtschaft durch außerfamiliäre Hofnachfolge

Dr. Evelyn Schmidtke, M. A.*

In der Landwirtschaft wird unter einer Existenzgründung üblicherweise entweder die Hofübernahme in der familiären Erbfolge oder der Start in eine Einkommenskombination (Hofladen, Hofcafé, Urlaub auf dem Bauernhof etc.) verstanden. Existenzgründungen in Form einer Betriebsübernahme außerhalb der Erbfolge durch einen familienfremden Hofnachfolger werden in Berufsstand und Politik erst seit Kurzem thematisiert. Im Folgenden werden die mit einer außerfamiliären Betriebsübergabe verbundenen Chancen und Hemmnisse aufgezeigt.

Zunahme ungeklärter Hofnachfolgen

Landwirtschaftskinder übernehmen den Betrieb der Eltern nicht mehr selbstverständlich. Dadurch nimmt die Zahl ungewisser Betriebsnachfolgen zu. Bei zwei Dritteln der Familienbetriebe mit Betriebsleitern, die 45 Jahre und älter sind, ist die Hofnachfolge ungeklärt. Ungeklärte Hofnachfolge ist jedoch nicht nur ein Problem kleiner Betriebe: Auch Betriebe über 50 ha haben zu über 40 % keinen Hofnachfolger. Die Unklarheit bei der Hofnachfolge ist gerade bei größeren Betrieben überproportional gewachsen. Mit anderen Worten: Bei kleinen Betrieben war es schon immer schwierig, bei großen Betrieben wird es schwieriger.¹

Der Entscheidungsprozess in bäuerlichen Familien für oder gegen die Hofnachfolge ist bedeutsam für den Strukturwandel, weil der Ausstieg aus der Landwirtschaft meistens im Rahmen der Generationenfolge stattfindet: Findet sich kein Hofnachfolger in der Familie, läuft der Betrieb aus. Eine aktuelle Studie aus der Schweiz zeigt, dass drei Faktoren darüber entscheiden, ob ein Betrieb in der nächsten Generation weitergeführt wird: Betriebsgröße, Betriebsstandort und Anzahl der Söhne. Erwartungsgemäß haben große Betriebe auf begünstigten Standorten die besten Chancen, übernommen zu werden. Mehrere Söhne in der Familie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass der Betrieb in der nächsten Generation weitergeführt wird. Die Anzahl der Töchter hingegen hat keinen Einfluss auf die innerfamiliäre Hofnachfolge.²

In den ostdeutschen Bundesländern hat die familiäre Erbfolge in der Landwirtschaft quantitativ eine geringere Bedeutung als im Westen. Bei den ostdeutschen Familienbetrieben (Wiedereinrichter, Hofneugründer), bei denen der erste Generationswechsel ansteht, ist die Hofnachfolge jedoch noch unsicherer als in den westlichen Bundesländern. Auch die Nachfolgebetriebe der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) haben Nachwuchsprobleme: Geschäftsführende Gesellschafter haben Aktienanteile am Unternehmen, deren Wert in den Jahren seit der Wende stark gestiegen ist. Junge Existenzgründer haben nicht das Kapital, den in den Ruhestand ausscheidenden Führungskräften ihre Anteile abzukaufen. In diese Lücke stoßen finanzkräftige Investoren ohne beruflichen und persönlichen Bezug zur Landwirtschaft.

* Dr. Evelyn Schmidtke, M.A., Politikwissenschaftlerin, Referentin beim dlV, Fon (030) 28 44 929-16, E-Mail Schmidtke@landfrauen.info

¹ Förderung von Existenzgründungen in der Landwirtschaft, bearbeitet von Frieder Thomas, Projektbericht (Schriftenreihe des BMELV Reihe A, Heft 513), Münster 2006, S. 30f.; Hofübergabe außerhalb der Familie – Welche Rolle spielt die Beratung? in: B & B Agrar Nr. 6/2006, S. 219-221; Fremder neuer Hof, in: Sächsische Bauernzeitung Nr. 8/2007, S. 13.

² Ruth Rossier, Brigitta Wyss, Determinanten der Hofnachfolge: Ergebnisse einer Untersuchung in der Schweiz, in: SuB Heft 1/2007, S. IV 1-IV 6.

Gründe für Nicht-Übernahme durch Landwirtschaftskinder

Wenn Landwirtschaftskinder nicht bereit sind, den elterlichen Betrieb zu übernehmen, sind dafür mehrere Gründe ausschlaggebend. Zum einen fühlen sich auch Landwirtschaftskinder in ihren beruflichen und biografischen Entscheidungen immer weniger an familiäre Traditionen gebunden, zum anderen erfordert die Leitung eines bäuerlichen Familienbetriebes eine Lebensführung, bei der Beruf und Familie räumlich nah beieinander liegen. Freizeit- und Urlaubswünsche müssen den betrieblichen Erfordernissen untergeordnet werden. Hierzu sind viele junge Menschen aufgrund attraktiver beruflicher Alternativen nicht bereit. Außerdem hat der demografische Wandel auch die landwirtschaftlichen Familien erreicht: Eine geringere Kinderzahl senkt die Chancen, eine(n) Hofnachfolger(in) in der Familie zu finden. Weiterhin sind nicht alle erwachsenen Kinder bereit, sich auf die räumliche Nähe zu den Eltern einzulassen, wie sie auf einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb unumgänglich ist. Eine erfolgreiche Hofübergabe hängt daher nicht nur von betriebswirtschaftlichen Faktoren, sondern auch von der sozialen Kompetenz sowohl der älteren als auch der jüngeren Generation ab.

Barrieren bei der außerfamiliären Hofabgabe

Eine vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) geförderte Studie³ zeigt, dass familienfremde Hofnachfolger sich in den meisten Fällen in der Region niederlassen, aus der sie stammen oder in der sie schon vor der Existenzgründung gelebt haben. Meist kehren sie zwar gut ausgebildet zurück, verfügen jedoch in der Regel über wenig Eigenkapital. Da der Kapitalbedarf für die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes weitaus höher als in vielen anderen Wirtschaftsbranchen ist, übernehmen landwirtschaftliche Existenzgründer bisher selten große und wirtschaftlich gut dastehende Betriebe.

³ Förderung von Existenzgründungen in der Landwirtschaft, bearbeitet von Frieder Thomas, Projektbericht (Schriftenreihe des BMELV Reihe A, Heft 513), Münster 2006

Darüber hinaus stehen Existenzgründer in der Landwirtschaft im Gegensatz zu Existenzgründern in vielen anderen Wirtschaftsbranchen vor der Schwierigkeit, dass sie spezifische Gebäude benötigen. Die meisten von ihnen starten auf einem Resthof ohne nennenswerte Wirtschaftsflächen und bauen den Betrieb schrittweise wieder auf. Eine zukunftsfähige Lösung für die ungeklärte Nachfolge großer Betriebe bietet diese Form der Existenzgründung in der Landwirtschaft allerdings nicht. Auch für die Hofübergeber sind die hohen Kapitalsummen, die in landwirtschaftlichen Betrieben gebunden sind, ein Hemmnis. Bei einem durchschnittlichen Haupteinwerbungsbetrieb ist von einem Eigenkapitalanteil von rund 500 000 € auszugehen. Angesichts solcher Vermögenswerte, die meistens das Resultat der Arbeitsleistung mehrerer Betriebsleitergenerationen sind, besteht verständlicherweise eine Blockade, an Fremde zu übergeben.

Eine erfolgreiche Hofübergabe hängt neben betriebswirtschaftlichen Faktoren auch von der sozialen Kompetenz der Beteiligten ab



Foto: M. Busch

Für die bewirtschaftende Generation hat der Erhalt des Hofes einen hohen Stellenwert, denn hieran hängt nicht nur die materielle Existenz, sondern auch die Identität als bäuerliche Familie. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die schwierige Thematik der Hofnachfolge in landwirtschaftlichen Familien oft nicht aktiv gestaltet, sondern so lange verdrängt, bis es keine Alternative mehr zur Hofaufgabe gibt. Das Fehlen eines Hofnachfolgers wird häufig als Versagen betrachtet, unausgesprochene Erwartungen und Konfliktvermeidung dominieren den Alltag. Eine besondere Herausforderung stellt die Hofabgabe auch deshalb dar, weil in dieser Situation nicht auf eigenes Erfahrungswissen zurückgegriffen werden kann. Ein offener und konstruktiver Umgang mit dem Thema kann jedoch helfen, dass aus der Hofaufgabe kein Familiendrama wird.⁴

Innovative Denkansätze gefordert

Die in landwirtschaftlichen Familien häufig bestehende unausgesprochene Erwartung, dass der (älteste) Sohn den Betrieb der Eltern weiterführt, verschärft das Problem der Betriebsnachfolge. Eine mögliche Lösungsstrategie ist in der Förderung von Töchtern als Hofnachfolgerinnen zu sehen und zwar auch dann, wenn die Familie einen Sohn hat. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dem Thema Hofnachfolge ist erforderlich: Wenn die Landwirtschaftskinder in die Phase der Berufsausbildung eintreten, muss die Frage der Hofnachfolge geklärt werden.

Das Altersvorsorgesystem in der Landwirtschaft ist auf die familiäre Erbfolge ausgelegt. Es setzt voraus, dass die Altenteiler auf dem Hof wohnen bleiben und die Ressourcen des Betriebes weiterhin nutzen. Dem entspricht das niedrige Rentenniveau in der Alterssicherung der Landwirte. Künftige Altenteilergenerationen wollen vom Hofnachfolger wirtschaftlich unabhängig sein, was insbesondere unerlässlich ist, wenn der Hofübernehmer nicht aus der eigenen Familie kommt. Landwirte

werden in Zukunft (wie andere Unternehmer) ihre Altersversorgung unabhängig vom Betrieb planen müssen. Langfristige Vermögensbildung während der aktiven Zeit ist deshalb eine Voraussetzung dafür, dass die Betriebsübergabe gelingt.⁵

Heute kommt nur noch jeder vierte Agrarstudierende aus der Landwirtschaft, und auch bei den Auszubildenden in der Landwirtschaft wächst die Zahl der Jugendlichen ohne landwirtschaftlichen Hintergrund. Damit wird die Gruppe der gut ausgebildeten Frauen und Männer, die keinen Hof erben, sich aber eine berufliche Zukunft in der praktischen Landwirtschaft aufbauen wollen, größer. Sie stellt für den Berufsstand ein Potenzial an Betriebsleitern dar, das gefördert und genutzt werden sollte.

Außerfamiliäre Hofübergaben sind ein wichtiges Thema für Politik und Berufsstand, da durch sie Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten und geschaffen werden. Die Anpassung von Förderprogrammen an die Zielgruppe familienfremder Hofnachfolger darf nicht aufgeschoben werden. Für den Berufsstand bieten Quereinsteiger die Chance, die Landwirtschaft wieder stärker in der Gesellschaft zu verankern. Gut ausgebildete Landwirte, die keinen Hof erben, aber trotzdem als Betriebsleiter in die Landwirtschaft einsteigen wollen, sind Innovationsträger und schlagen Brücken zur nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung. In Zeiten, in denen die Bevölkerung kaum noch einen Bezug zur Landwirtschaft hat, müssen Allianzen neu geschmiedet werden. Existenzgründer bringen in vielen Fällen außerlandwirtschaftliches Vermögen (z. B. Erbschaften, außerlandwirtschaftliches Erwerbseinkommen der Ehepartner) in die Betriebe ein, womit der Landwirtschaft außerlandwirtschaftliches Kapital zufließt.



Foto: J. Fahrning

Hohe Kapitalsummen, die in landwirtschaftlichen Betrieben gebunden sind, stellen ein Hemmnis für die außerfamiliäre Hofübergabe dar

⁴ Offen darüber reden, in: Land und Forst Nr. 47/2006; S. 45-47

⁵ Vorsorgen fürs Altenteil, in: Land und Forst Nr. 2/2007, S. 8f.

Die Hofübergabe an einen familienfremden Hofübernehmer steht nicht völlig außerhalb der Tradition bäuerlicher Erbfolge. Sie ist eine Entscheidung für den Erhalt des Hofes als Einheit, für die bäu-

erliche Landwirtschaft und damit unter Umständen gegen eine reine Gewinnmaximierung. Dieses Ziel entspricht der traditionellen bäuerlichen Haltung mit dem Unterschied, dass kein Familienmit-

glied, sondern ein Familienfremder den Hof weiterführt, was als Besonderheit bäuerlichen Denkens und Wirtschaftens anzusehen ist.



Förderpreis Naturschutzhöfe

Nicole Krüger*

Mit dem Förderpreis Naturschutzhöfe werden vorbildliche Leistungen der Landwirtschaft für den Naturschutz ausgezeichnet. Im Februar 2007 wurde der „Förderpreis Naturschutzhöfe“ durch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel übergeben. Initiiert und durchgeführt wurde der Wettbewerb vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gemeinsam mit der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)¹. Von 233 Betrieben, die sich bundesweit beworben hatten, wurden drei prämiert, neun weitere erhielten eine Auszeichnung. Die Internetseite www.naturschutzhoefe.de, die im Rahmen des Wettbewerbs entstand, dient dem Informationsaustausch und der Darstellung der vorbildlichen Praxisbeispiele. Dort sind die drei prämierten Betriebe ausführlich beschrieben, und von Juni 2007 bis Februar 2008 wird monatlich je ein ausgezeichnete Betrieb als „Naturschutzhof des Monats“ vorgestellt.

Preisträger Brockenbauer Thielecke

Der Betrieb „Brockenbauer Thielecke“ von Susann und Uwe Thielecke in Tanne, Sachsen-Anhalt, wurde für seine vorbildliche Bewirtschaftung, Erhaltung und Pflege von artenreichem Grünland in der Mittelgebirgslandschaft des Harzes ausgezeichnet. Er leistet durch seine Bewirtschaftung nicht nur einen Beitrag zur Sicherung der biologischen Vielfalt, sondern stellt einen grundlegenden Pfeiler für die Bewahrung der historisch gewachsenen Kulturlandschaft im Harz dar.



Umtrieb einer Rinderherde mit Hilfe von Pferden

* Nicole Krüger, Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL), Bad Dürkheim, Fon (06322) 98970-222, Fax (06322) 98970-1, E-Mail krueger@soel.de

¹ Das Projekt wurde vom Bundesumweltministerium gefördert. Fachlich begleitet wurde das Projekt vom Institut für Agarökologie und Biodiversität (ifab). Weitere Projektpartner waren der Naturschutzbund (NABU), der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bund Naturschutz Bayern (BN) sowie die Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur).



Grünlandbewirtschaftung im Naturschutzgebiet im Bachtal der „Warmen Bode“

Seit 2001 bewirtschaftet das Ehepaar Thielecke, unterstützt von seinen beiden Töchtern, die zzt. Landwirtschaft und Betriebswirtschaft studieren und den Betrieb einmal übernehmen möchten, rund 450 ha. Die Landschaftspflege in Kombination mit der Erhaltung der gefährdeten Rinderrasse Rotes Höhenvieh ist der Schwerpunkt des Betriebes. Mit Tatkraft und Ideen wurde in kurzer Zeit eine Herde des Roten Höhenviehs mit 226 Tieren aufgebaut. Stetig werden Herde, Zucht und Direktvermarktung auf- und ausgebaut.

In Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Landschaftspflegeverband Harz (LPV) und durch das flexible, aber arbeitsintensive Herdenmanagement (kleine Tierzahl pro Fläche, geringe Besatzdichte, kurze Verweildauer, Aussparen von empfindlichen Stellen von der Beweidung, Belassen von unbewirtschafteten oder später gemähten Flächen) gelingt es, den Artenreichtum der Bergwiesen und -weiden zu erhalten und zu fördern.

250 bis 300 Arten von Farn- und Blütenpflanzen wurden vom Landschaftspflegeverband festgehalten, darunter viele seltene und gefährdete Arten, wie z. B. Trollblume, Sibirische Schwertlilie oder Kugelige Teufelskralle. Daraus resultierend gibt es einen großen Reichtum an Insekten und wildlebenden Tierarten. Die schonende Bewirtschaftung der Flächen schafft den zahlreichen Pflanzen und Tieren einen geeigneten Lebensraum. Wertvolle Naturbereiche, wie breite Uferstreifen, Quellgebiete und Brutplätze für Vögel auf Kiesbänken, werden beim Stecken des Weidezaunes ausgespart. Die Zusammenarbeit mit dem LPV spielt dabei eine bedeutende Rolle. Dieser führt Bestandsaufnahmen und Pflegekonzeptionen durch, an die die Bewirtschaftung angepasst wird.

Wichtig ist Familie Thielecke die Öffentlichkeitsarbeit: Sie öffnet ihre „Stalltür“ als Schaubauernhof, bietet Gruppenführungen mit anschließender Wurstverkostung an und berichtet über die Zusammenhänge zwischen Kulturlandschaft, Tiergesundheit und Lebensmittelqualität. Mit der Direktvermarktung, die zum wesentlichen finanziellen Standbein des Betriebes werden soll, richtet sich der Betrieb gezielt an Privatkunden, Touristen und Hotels.

Preisträger Demeter-Betrieb Wüst

Der Demeter-Betrieb von Familie Wüst in Königheim/Brehmen, Baden-Württemberg, zeigt zahlreiche innovative Ansätze, eine hohe Arten- und Strukturvielfalt auf dem rund 140 ha großen Gemischtbetrieb zu verwirklichen. Die Förderung von Vielfalt auf den Nutzflächen ist integraler Bestandteil der Bewirtschaftung.

Die Vielfalt bezieht sich auf den Anbau zahlreicher Kulturarten und -sorten wie Dinkel, Einkorn, „Erbeweizen“, Leindotter, Linsen, Schwarzerste und Speiselein. Da dem Betriebsleiter Qualitätseigenschaften der Sorten in Bezug auf die Lebensmittelverträglichkeit wichtig sind, werden z. T. alte und seltene Sorten angebaut. Gemenge- und Mischanbau, extrem flache, nicht wendende Bodenbearbeitung und blütenreicher Feldfütterbau gehören zu den ackerbau-lichen Grundlagen des Betriebes.

Das Feldfutter wird hauptsächlich von der Rinderherde abgeweidet. Breite Ackerrandbereiche oder Inseln werden als überwinternde Strukturen bis in das Frühjahr oder bis in den nächsten Sommer stehen gelassen. Auf dem Betrieb gibt es Dauerrandstreifen sowie eingesäte Blühstreifen, u. a. mit Buchweizen und Sonnenblumen. Der Heudrusch einer artenreichen Wiese wurde zur Ansaat von Säumen genutzt. Die Kornrade als selten gewordener Kulturfolger wird mit dem Getreide ausgesät, und es werden Lichtstreifen im Acker belassen. All diese Maßnahmen führen zu einer blühenden, strukturreichen Ackerbau-landschaft.



Schweine in Freilandhaltung

Bei dem Einsatz von Maschinen setzt der Betrieb auf besonders naturschonende Techniken, wie z. B. die Verwendung eines modernen Doppelmesser-Mähwerks, eines Stoppelhobels, einer Ringschneide und eines besonderen Striegels. Durch eine möglichst reduzierte Eingriffshäufigkeit schafft der Betrieb störungsarme Lebensräume auf seiner Nutzfläche, mit dem Nebeneffekt einer geringeren Arbeitsbelastung. Von den reduzierten Arbeitsgängen profitiert z. B. die Feldlerche, die ungestört brüten kann.

In der Tierhaltung wird getestet, alte Techniken sinnvoll in den Betrieb zu integrieren. Hierzu gehören die Schnaitelwirtschaft (Laubheugewinnung zur Viehfütterung) und die ganzjährige Außenhaltung. Die parzellierten Weiden der Freilandschweine sind selten gewordene Strukturen für ein Dorfumfeld von heute, die nicht nur Bedeutung für Insekten und Vögel haben, sondern auch die Menschen anziehen und damit Interesse an der Landwirtschaft wecken können.

Wirtschaften mit den vielfältigen Möglichkeiten der Natur fasziniert sowohl Betriebsleiter Uwe Wüst als auch seinen Partner Dirk Appel, der insbesondere für die Arbeit mit den biologisch-dynamischen Präparaten zuständig ist. Den Umgang mit Boden, Pflanzen und Tieren verstehen beide als Dialog. Ihr Wissen und ihre Ideen geben beide gern weiter, beispielsweise in Form von Feldbegehungen, die sie auch für Schulklassen anbieten.

Preisträger Bioland-Weingut Seiler

Das Bioland-Weingut Seiler in Weiher, Rheinland-Pfalz, integriert den Artenschutz umfassend in den Weinbau. Ludwig Seilers spezielles Bodenbearbeitungs- und Begrünungsverfahren hat zum Ziel, die Artenvielfalt zu fördern. Daraus resultiert ein Vorkommen vielfältiger und seltener Weinbergsflora und -fauna.

1990 hat Ludwig Seiler den elterlichen Betrieb (ca. 8 ha) übernommen und auf ökologischen Weinbau umgestellt. Seit seiner Kindheit begeistert er sich für die Natur, wodurch seine Kenntnisse über Wildinsekten, Vögel und Pflanzen immens sind. Er steht in regem Austausch mit Biologen und anderen Experten und entwickelt die ökologische Anbauweise auf seinem Betrieb weiter. Als Grundprinzipien verfolgt er eine extensive Bodenbearbeitung und eine intensive Laubarbeit an den Reben. Sein Bewirtschaftungssystem hat das Ziel, die Rebe optimal mit Nährstoffen und Wasser zu versorgen und gleichzeitig die Artenvielfalt zu fördern.



Artenreiche Begrünung der Rebgassen



Naturkundliche Weinbergsführung

Nach dem Herbst wird jede zweite Gasse mit einer selbst zusammengestellten Mischung eingesät. Die verbleibende Gasse wird je nach Witterung im Frühjahr umgebrochen. Der Umbruchzeitpunkt richtet sich nicht nur nach den Wasserverhältnissen im Boden, sondern auch danach, ob wertvolle Arten der Weinbergflora schon Samen gebildet haben. So bergen

die Weinberge ein großes Samenreservoir und eine hohe Zahl gefährdeter Arten: Wiesen-Gelbstern, Runder Lauch, Schopfige Traubenhyazinthe und viele andere sind zwischen den Rebzeilen zu finden.

In den Weinbergen von Ludwig Seiler wird möglichst selten gemulcht, da zu häufiges Mulchen Gräser fördert und empfindliche Kräuter zurückdrängt. In den bewusst nicht gemulchten Rebrandstreifen entwickeln sich Pflanzengesellschaften mit mehrjährigen Arten. Der Unterstockbereich wird mechanisch offen gehalten. Wenn es die Witterung erlaubt, wird der erste Arbeitsgang erst im Mai/Juni durchgeführt, wenn die meisten einjährigen Arten der Weinbergflora schon Samen gebildet haben. Inzwischen wachsen rund 300 verschiedene Gräser- und Kräuterarten zwischen den Reben, was sich auch positiv auf die Weinbergfauna auswirkt.

Diese fördert Ludwig Seiler darüber hinaus, indem er einfache Möglichkeiten entwickelt, Ökologischen im Weinberg und rund um den Hof einzurichten: Trockenmauern zur Förderung der Mauer-eidechse wurden in den vergangenen Jahren mehrfach verlängert und aufgestockt. Bei der Anlage einer Wildstrauchhecke wurden 32 verschiedene Arten einheimischer Wildsträucher ausgewählt, so dass möglichst immer ein Blütenangebot für Insekten vorhanden ist. In den Weinbergen sind Nisthölzer für Wildbienen angebracht und insgesamt 60 selbstgebaute Vogelniströhren. Am First des Kelterhauses ist ein Turmfalkenkasten mit Kamera installiert, so dass Besucher die Turmfalken beobachten können. Naturkundliche Führungen durch die Weinberge bietet Ludwig Seiler ebenso für Kinder- und Jugendgruppen von Naturschutzverbänden wie für Erwachsene an.

Förderspektrum der Gemeinschaftsaufgabe (GAK) soll erweitert werden

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hält an seinem Vorhaben fest, den Förderbereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zu erweitern. Staatssekretär Gert Lindemann zufolge geht es dabei insbesondere um eine Förderung von Breitbandanschlüssen in bislang unterversorgten ländlichen Regionen sowie eine Förderung von Nahwärme- und Gasnetzen für Biogasanlagen von Landwirten. Zurückhaltend äußerte sich Lindemann zu der angedachten Förderung von nichtlandwirtschaftli-

chen Kleinunternehmen im ländlichen Raum. Hier biete das GAK-Gesetz begrenzten Spielraum. Voraussetzung seien ein enger Zusammenhang mit dem Agrarbereich und eine agrarstrukturverbessernde Wirkung, etwa wenn im Zuge des Strukturwandels ausscheidende Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten fänden.

Eine deutliche Ausweitung des Förderspektrums der GAK über den Agrarbereich hinaus stößt auf wenig Gegenliebe innerhalb der Bundesregierung. Insbesondere

das Bundesfinanzministerium lehnt dies offenbar ab. Lindemann machte deutlich, dass eine mögliche Änderung des GAK-Gesetzes zunächst nicht angestrebt werde. Man werde die Maßnahmen auf der bestehenden Rechtsgrundlage fördern und dabei Erfahrungen sammeln. Keinen Zweifel ließ der Staatssekretär daran, dass aus seiner Sicht das erweiterte Förderspektrum mit einer Anhebung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe einhergehen müsse.

Urlaub auf dem Bauernhof in Deutschland – eine Analyse des Angebots

Katja L. Sidali, Holger Schulze, Prof. Dr. Achim Spiller*

Im Laufe der Zeit hat sich Urlaub auf dem Bauernhof (UadB) stetig weiterentwickelt. Entstanden aus der Tradition des Sozialtourismus, wurde UadB schon in den 70er Jahren als Einkommensdiversifikationsstrategie von vielen Landwirten gewählt. Der steigende Anteil vom UadB am Gesamteinkommen ist eine Konsequenz der allmählichen Professionalisierung des Sektors. Eine Studie der Universität Göttingen untersuchte bundesweit die Erfolgsfaktoren von UadB aus der Sicht der Anbieter. Die Ergebnisse identifizieren Werbung, Freizeitaktivitäten, Qualität der Unterkünfte, Attraktion der Region und angemessenes Preis-Service-Verhältnis als Hauptkomponenten für den Erfolg. Die Studie zeigt jedoch noch mangelnde Marketingkenntnisse seitens der Anbieter.

Der Umfang des deutschen Marktes für UadB kann in folgenden Ziffern erfasst werden: rund 25 000 Anbieter, 1,6 Mio. Gäste und 943 Mio. € Jahresumsatz (BMELV, 2007). Im Gegensatz zum gesamtdeutschen Reisemarkt stellt dieser touristische Sektor, wie bereits aus den Daten ersichtlich, nur einen Nischenmarkt dar. Allerdings weist dieser Markt seit über 20 Jahren einen steigenden Trend auf, der nur in den letzten Jahren allmählich nachlässt. Über die Perspektiven und die Einstellungen der Anbieter liegen bisher nur wenig belastbare Informationen vor, und vorliegende Daten sind mittlerweile veraltet. Die beschriebene Studie hat hier ihren Ansatz.

Angebot von UadB steigt mit Betriebsgröße

Im Sommer 2006 wurde eine bundesweite Online-Befragung bei Landwirtinnen und Landwirten durchgeführt. Insgesamt haben Betriebe aus neun Bundesländern² an der Befragung teilgenommen. 32,7 % aller befragten landwirtschaftlichen Betriebe stammen aus Bayern, gefolgt von Schleswig-Holstein (25,1 %) und Niedersachsen (16,8 %). Alle anderen Bundesländer sind nur im unteren Prozentbereich (< 10 %) bei der Befragung vertreten.

60,7 % der Befragten betreiben einen landwirtschaftlichen Betrieb im Haupterwerb, 22,1 % im Nebenerwerb und 10,3 % haben ih-

ren landwirtschaftlichen Betrieb aufgegeben. Die Unterbringung der Gäste erfolgt in 61,7 % in Ferienwohnungen, in 16,6 % in Gästezimmern und in 15,7 % in Ferienhäusern. Heuhotels (2,5 %) sowie Landhotels (1,2 %) sind eher unterrepräsentiert. Darüber hinaus sind 38,2 % der Anbieter DLG-zertifiziert.

Insgesamt bieten die landwirtschaftlichen Betriebe ihren Gästen durchschnittlich 17 Betten an, wobei das Maximum bei 90 und das Minimum bei 2 Betten liegt. Mit 40,6 % überwiegen deutlich die kleinen Betriebe (bis zu 10 Betten), gefolgt von 35,6 % der mittelgroßen (von 11 bis 20 Betten) und 23,6 % der großen Betriebe (über 20 Betten). In der Stu-

* Katja L. Sidali, Holger Schulze, Prof. Dr. Achim Spiller, Georg-August-Universität Göttingen, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Fon (0551) 39 78 38, ksidali@gwdg.de

² Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Hessen

die wird deutlich, dass mit ansteigender Größe der Betriebe sowohl die durchschnittliche Anzahl der Gäste als auch der Anteil von UadB am gesamten Einkommen zunimmt. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen wir bei der Betrachtung der Bettenbelegung, die ein Maßstab für die Auslastung eines Betriebes ist. Die durchschnittliche Bettenbelegung beträgt 128 Tage pro Bett und Jahr.

Erfolg steht in Zusammenhang mit Professionalisierungsgrad

Aus den 167 verwendbaren Antworten (Responserate: 11,6 %) wurden 121 Variablen mit dem Software Programm SPSS ausgewertet. Durch eine Faktoranalyse wurde ein Erfolgsfaktor identifiziert, der sowohl qualitative als auch quantitative Variablen beinhaltet. Anhand dieses Faktors wurde die Stichprobe in drei Erfolgsgruppen geteilt, die durch multivariate Methoden (Varianz- und Regressionsanalyse) nach signifikanten Unterschieden durchsucht wurden.

Bei den erfolgreichsten Unternehmern (Gruppe 1) handelt es sich mit durchschnittlich 23 Betten und 620 Gästen pro Jahr um die größten Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof (s. Tab. 1). Mit einer Bettenbelegung von rund 141 Tagen pro Bett und Jahr ist auch die Bettenauslastung dieser Gruppe wesentlich höher als die in Gruppe 2 (123 Tage/Bett/Jahr) und in Gruppe 3 (122 Tage/Bett/Jahr). Die deutliche Überzahl der ersten Gruppe bezüglich des Anteils von UadB am Gesamteinkommen (35 %) im Vergleich mit den anderen zwei Gruppen (Gruppe 2: 32 %, Gruppe 3: 25 %) kann als ein höherer Professionalitätsgrad interpretiert werden. Die Anbieter dieser Gruppe schätzen sich selbst im Verhältnis zu den Hauptwettbewerbern und dem Durchschnitt der Branche als viel erfolgreicher ein. Des Weiteren sind sie auch im Verhältnis zu ihren selbst gesetzten Zielen viel erfolgreicher als die Anbieter der anderen Gruppen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass diese Unternehmer auch in der Zukunft in den Erwerbszweig UadB investieren wollen. Den eigenen Erfolg sehen diese Betriebe zum einen darin

begründet, dass sie ihren Gästen ein reiches Angebot an Freizeitaktivitäten sowie auch eine hohe Qualität an Unterbringungsmöglichkeiten anbieten. Darüber hinaus sehen sie aber auch ihre eigene Persönlichkeit für den Erfolg verantwortlich. Für sie ist UadB nicht mehr nur ein traditionell gut eingeführtes Familiengeschäft (im Durchschnitt 19 Betriebsjahre), sondern ein finanziell spürbarer Erwerbszweig, der schon für 35 % des gesamten Einkommens verantwortlich ist (in den 90er Jahren lag der Anteil nur zwischen 14 % und 17 %). DLG-zertifizierte Anbieter haben in dieser Gruppe einen höheren Anteil als in den anderen beiden.

Zu der Gruppe der nicht erfolgreichen Betriebe (Gruppe 3) gehören meist kleine familiäre Betriebe, die über ein allgemein geringes Einkommen verfügen (geschätztes Einkommen im Durchschnitt 60 000 €/Jahr). Mit 25 % Anteil am gesamten Einkommen stellt UadB immerhin einen Nebenverdienst dar. Sie setzen insbesondere auf die Attraktivität ihrer Region und auf ihre Persönlichkeit.

Tabelle 1: Durchschnittliche UadB-Strukturen der drei Erfolgsgruppen

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gesamt
Anzahl Betten**	23	16	13	17
Anteil an Stammgästen** (%)	39 %	40 %	25 %	35 %
Anzahl Gäste pro Jahr	620	284	259	384
Umsatz aus UadB €/Jahr***	76 883	23 212	14 530	38 625
DLG-zertifizierte Betriebe	23 (15 %)	18 (11 %)	17 (11 %)	58 (38 %)
Bettenbelegung	141	123	122	128
% UadB/Ges. Einkommen	35 %	32 %	25 %	31 %

* = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$

Gruppe 1: sehr erfolgreich, Gruppe 2: mäßig erfolgreich, Gruppe 3: nicht erfolgreich

Die meisten Anbieter der mäßig erfolgreichen Betriebe (Gruppe 2) sind am längsten auf dem Markt (20 Jahre) und verfügen über die höchste Anzahl an Stammkunden.

Persönliches Engagement ist der wichtigste Erfolgsfaktor

Im Bezug auf den Erfolg eines Unternehmens konnten die Probanden in einer offenen Frage drei Punkte nennen, die aus ihrer Sicht den Erfolg des Betriebes besonders stark beeinflussen. Diese Antworten wurden in zehn Kategorien zusammengefasst. Aus Sicht der Anbieter ist der wichtigste Erfolgsfaktor das persönliche Engagement³. Diese Einschätzung galt unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer der drei genannten Gruppen. Ein Vergleich der erfolgreichsten und der nicht erfolgreichen Betriebe zeigt jedoch abweichende Einstellungen zum Einfluss von Erfolgsfaktoren. Die erfolgreichsten Betriebe (Gruppe 1) schätzen sowohl die Freizeitaktivitäten (2. Platz) als auch die Qualität der Unterkunft (3. Platz) für ihren Erfolg als sehr wichtig ein. Ähnliche Ansichten finden sich auch bei den mäßig erfolgreichen

Betrieben (Gruppe 2). Etwas erstaunlich ist dagegen die Tatsache, dass die nicht erfolgreichen Betriebe (Gruppe 3) die Qualität der Unterkunft nicht unter den ersten drei Erfolgsfaktoren nennen. Diese Gruppe scheint ihr Augenmerk besonders auf Freizeitaktivitäten sowie die Attraktivität der Region zu legen, welche die erfolgreichsten Betriebe erst auf Rang vier platziert haben. Die Erfolgsfaktoren Kinderorientierung und Werbung wurden von Gruppe 1 und 3 übereinstimmend den Rängen fünf und sechs zugeordnet.

Erfolgsfaktoren der Regressionsanalyse weichen von Selbsteinschätzungen ab

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse weisen allerdings einen anderen Stellenwert der Erfolgsfaktoren auf als in der Selbsteinschätzung. Die Werbung stellt sich hier als der wichtigste Erfolgsfaktor heraus, gefolgt von Freizeitaktivitäten, Qualität der Unterkunft, Attraktivität der Region und dem Preis-Leistungs-Verhältnis (s. Tab. 2).

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse stimmen bezüglich der Erfolgsfaktoren „Freizeitaktivitäten“, „Qualität der Unterkunft“ und „Attraktivität der Region“ mit den Selbsteinschätzungen der erfolgreichsten (Gruppe 1) und der mäßig erfolgreichen (Gruppe 2) Betriebe überein. Nur die Betriebe aus Gruppe 3 neigen zu einer Überschätzung der Attraktivität der Region auf Kosten der Qualität der Unterbringung. Erstaunlicherweise hat keine Gruppe die Werbung als wichtigsten Erfolgsfaktor erkannt; stattdessen stellte sich das persönliche Engagement – das von allen Anbietern als erster Erfolgsfaktor einstimmig identifiziert wurde – als nicht signifikant heraus.

Ein möglicher Grund für die Unterschätzung von Werbung als wichtigstem Erfolgsfaktor könnte das fehlende Know-how im Marketing und Management-Bereich bei einem Teil der Landwirte sein. Eine zusätzliche Schwierigkeit, mit denen sich ländliche Gemeinden täglich konfrontiert sehen, ist das Abkapseln von der Informationsgesellschaft durch ein mangelndes Breitband-Angebot. Dies ist für die touristische Branche im Allgemeinen und für UadB insbesondere ein erhebliches Problem. Denn auch die aktuellen Zahlen der Reiseanalyse des BMELV bestätigen, dass der Trend zu Online-Buchungen ständig wächst (BMELV, 2007).

Weiterhin hat sich durch die Untersuchung herausgestellt, dass etliche Landwirte schlechte Erfahrungen mit dem Gemeinschaftsmarketing gemacht haben. Auch in dieser Richtung besteht Nachholbedarf, denn insbesondere für kleine Betriebe können Synergien mit Verbänden und anderen Anbietern Wettbewerbsvorteile bringen.

Tabelle 2: Erfolgsfaktoren für UadB: Selbsteinschätzung versus Regressionsanalyse

Selbsteinschätzung	Regressionsanalyse
Persönliches Engagement	Werbung
Qualität der Unterkunft	Freizeitaktivitäten
Freizeitaktivitäten	Qualität der Unterkunft
Attraktivität der Region	Attraktivität der Region
Kinder-Orientierung	Preis-Leistungs-Verhältnis
Werbung	Persönliches Engagement

³ Zu der Kategorie „Persönliches Engagement“ gehören z. B. auch die Synonyme „Zeit für die Betreuung“ bzw. „freundlicher Umgang mit Menschen“.

Werbung und Managementkenntnisse entscheidend für zukünftigen Erfolg

Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, dass UadB ein wirtschaftlich bedeutender Zweig ist. Die meisten Akteure sind heutzutage registrierte Anbieter (mit neun oder mehr Betten), die verschiedenen Verbänden angeschlossen sind, welche wichtig für die Professionalisierung des Sektors sind. Bei den meisten Anbietern trägt UadB zu ca. 30 % zum gesamten Einkommen bei. Angesichts der mangelnden Marketing- und Managementkenntnisse, die im Querschnitt alle Gruppen betreffen, sind neue Strategien notwendig. Unserer Meinung nach sind zumindest folgende Teilschritte empfehlenswert:

- Einführung von Schulungskursen in verschiedenen Bereichen (Informatik, Marketing, Kundenzufriedenheit),
- Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu Verbänden und gemeinsame Promotion des Leitbildes,
- Einführung von Messinstrumenten zur Qualitäts- und Kundenzufriedenheitsmessung, um entsprechende Reaktionen seitens der Anbieter zu gewährleisten (z. B. Zufriedenheitsbarometer des UadB-Netzwerks in Tirol).

Literatur:

BMVEL (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) (2007): Urlaub auf dem Bauernhof 2007; Studie für das BMVEL auf der Basis der Reiseanalyse 2006, Bonn.

Schulze, H.; Sidali, K. L.; Slabon, A., Spiller, A. (2006): Tourismus in der Landwirtschaft: Erfolgsfaktoren im Erwerbszweig Urlaub auf dem Bauernhof. In: Tagungsband der 16. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie, Wien, Österreich, 28.-29. September 2006, S. 73-74.

Sidali, K. L.; Schulze, H., Spiller, A. (2007). Farm vacation tourism: between tradition and innovation. In: Zeitschrift der SGA Schweizerische Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie (i.E.)

Workshop am 10. Juli 2007

Am 10. Juli 2007, 16.00 bis 20.00 Uhr, veranstaltet die Fakultät für Agrarwissenschaften der Universität Göttingen einen Workshop zum Thema „Urlaub auf dem Bauernhof“. Hier werden neben zwei Vorträgen zum Thema die Ergebnisse dieser und einer weiteren Studie des Instituts vorgestellt und diskutiert. Alle Interessierten, insbesondere auch Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof, sind herzlich hierzu eingeladen. ■■



Schutz der Bienen notwendig

Bienen sind Anzeiger einer allgemeinen Situation, die alle blütenbestäubenden Insekten und die Lebensgrundlagen des Menschen betrifft. Ihre Gesundheit hat sich stark verschlechtert, da sie einer Vielzahl von Belastungen ausgesetzt sind. So geht Bienen und anderen bestäubenden Insekten die Nahrungsgrundlage durch industrialisierte Landwirtschaft verloren. Einseitige Ernährung und Mangel sind die Folge von Unkrautbekämpfung, früher Mahd und Flurbereinigung. Insektizide, Pestizide und Herbizide reichern sich im Fettkörper der Bienen an und belasten deren Gesundheit. Abwechselnd treten einzelne Faktoren besonders stark auf, überschreiten die Grenze der Belastbarkeit und führen zum Sterben von Völkern. Befürchtet wird, dass der großflächige Anbau von gentechnisch veränderten Kulturen wie Mais und Baumwolle in diesem Jahr zum Verschwinden von 60 - 80 % der Bienenvölker in den USA geführt haben könnte.

Dass die Imkerei weltweit in einer existenziellen Krise steckt, wurde lange durch Medikamente und Zuckerkfütterung verdeckt. Über Jahrzehnte hinweg wurde die Illu-

sion aufrecht erhalten, die Rationalisierung in der Imkerei habe keine Nebenwirkungen und führe nur zu einem höheren Honigertrag.

Wissenschaft fordert naturnahe Kultur- und Agrarlandschaften

In einer europaweiten Studie kamen Wissenschaftler/-innen der Universität Reading, England, zu dem Ergebnis, dass sich die Vielfalt von Nektar und Pollen liefernden Pflanzen stark verringert hat und das Überleben von Blütenbesuchern akut gefährdet ist. Nicht geklärt werden konnte, ob der Rückgang von Bestäubern den Rückgang der Pflanzenvielfalt verursacht oder umgekehrt. Diese Erkenntnisse bestätigen, was Imker und Naturschützer schon lange befürchtet hatten und was 2003 zur Gründung des Netzwerkes „Blühende Landschaft“ führte (s. a. S. 46).

Ein Team von Wissenschaftlern/-innen aus Deutschland, Frankreich, Australien und den USA kam zu gleichen Ergebnissen. Durch den Rückgang vieler Bestäuberarten ist darüber hinaus die Produktion und Vielfalt der Kul-

turpflanzen gefährdet. Als Konsequenz ihrer Ergebnisse fordern sie eine naturnahe Gestaltung von Kultur- und Agrarlandschaften.



www.BeeGood.de – Patenschaften für Bienen

Mellifera e.V. möchte mit der Aktion BeeGood neue Bienenfreunde gewinnen und auf die faszinierende Welt der Bienen sowie ihre Gefährdung aufmerksam machen. Mit dem Abschließen oder Verschenken einer Patenschaft in Höhe von 29,50 € für ein Jahr sorgen die Imker von Mellifera e.V. im Rahmen der Ausbildungs- und Forschungsarbeit zur wesensgemäßen Bienenhaltung für die adoptierten Bienen. Bienen-Paten erhalten einen Kunstdruck als Patenurkunde, ein Glas Honig (als Geschenk mit einem persönlich formulierten Grußtext, der auf das Etikett des Paten-Honigs gedruckt wird) und Informationen über Bienen.

Weitere Informationen über Leben und Bedeutung der Bienen sowie die Arbeit von Mellifera e.V. unter www.BeeGood.de oder Fon (07428) 9452490



Foto: I. Fahning



Gebäudeumnutzung:

Büdnerei Lehsten – Kulturoase in Mecklenburg-Vorpommern

Die Kultur auf's platte Land zu bringen – das war das Ziel von Brunhilde und Hans Schmalisch, als sie anfangen, die Büdnerei Lehsten, ein Familienerbe, umzubauen. Zunächst bauten sie ein Café, nach und nach Ferienwohnungen und ein Hof-Theater.

Büdnereien seit dem 18. Jahrhundert

Eine Büdnerei ist ein kleines Anwesen einer Bauernfamilie, das hauptsächlich zur Selbstversorgung diente und teilweise heute noch dient. Die Büdneransetzung begann erstmals 1753, um der

gestellt, da ihre soziale Absicherung nicht gewährleistet war. Um 1809 fand dann die zweite Büdneransetzung statt, diesmal mit mehr Erfolg. Die Büdner erhielten jetzt zusätzliche Ackerfläche, sodass sie im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts in der Regel um 5 ha Betriebsfläche erlangten. Die

Leidenschaft „Bausubstanz retten“

1991 bekam Brunhilde Schmalisch die Büdnerei Lehsten, die ursprünglich ihren Großeltern gehört hatte und die sie noch von Ferientaufhalten aus ihrer Kindheit kannte, zurück übertragen. Da eine der vier kleinen Wohnungen in der Büdnerei leer stand, renovierte Hans Schmalisch, der bereits Frührentner war, sie als Ferienwohnung. Nach und nach wurden auch die anderen Wohnungen im Haus frei und als Ferienwohnungen für die eigenen Kinder renoviert. Während seine Frau als Lehrerin in Schleswig-Holstein arbeitete, ging Hans Schmalisch seiner Leidenschaft, alte Bausubstanz zu retten, nach.

„De Buern wahren uppe Pann, de Bädner un Hüüslers up `n Stäl.“

Auswanderungswelle aus Mecklenburg entgegenzuwirken. Das sog. Büdner-Patent stattete sie mit einer „Bude“, Gartenland und der Weidgerechtigkeit aus. Anfangs waren die Hofstellen 100 Quadratruten (ca. 2000 m²) groß. Da das zu bewirtschaftende Land zu wenig Ertrag brachte, war der Büdner auf einen Nebenverdienst als Handwerker angewiesen. 1778 wurde die Büdneransetzung ein-

meisten Büdnereien liegen abseits vom Dorfkern entlang der Ausfallstraßen, man spricht daher von Büdnerenden. Die Häuser der Büdner sind alle ähnlich aufgebaut: Das mit geteeter Pappe gedeckte Dach ist auf den Fachwerkwänden aufgestellt. Im Inneren besteht der Wohnbereich aus einer Stube, einer Kammer, einer Scheunen- und einer Stallzelle.



Von den weiteren drei zur Būdnerlei gehörigen Häusern, wurde ihm ein seit Jahren einsturzgefährdetes Haus (zur Renovierung) überlassen, welches er in ein Café mit Galerie verwandelte, um hier gemeinsam mit seiner Frau Lesungen, Jazzkonzerte sowie andere Kunst- und Kulturveranstaltungen zu organisieren und durchzuführen. Nachdem das Ehepaar die Möglichkeit erhielt, ein drittes, zwischenzeitlich leer stehendes Gebäude zu kaufen, fiel der Entschluss, ganz nach Mecklenburg zu ziehen. Ein Nebengebäude, in dem ehemals eine Scheune und Stallungen untergebracht waren, wurde zu einem Theater umgebaut, in dem auch Feste mit bis zu 90 Personen gefeiert werden können.

1995 gründete das Ehepaar Schmalisch gemeinsam mit anderen den Förderverein Būdnerlei Lehsten e.V., der inzwischen mehr als 1 000 Mitglieder hat und die Veranstaltungsreihe „Kultur in der Bude“ organisiert – ein kulturelles Programm, das von März bis Oktober an fast jedem Wochenende auf der Bühne des Hof-Theaters stattfindet.

herrscht eine gemütliche Atmosphäre. Für Urlauber, die eher Aktivitäten in der Natur bevorzugen, werden Natursafaris, Kreativ-Werkstätten oder Führungen durch die Mecklenburgische Endmoränenlandschaft angeboten. Ein Sauna- und Wohlfühlbereich komplettiert das Angebot.

„Mecklenburg hat mich so vereinnahmt und verwandelt – hier kann man noch im Einklang mit der Natur leben.“

Mit Engagement, Fantasie und künstlerischem Talent gelingt es Brunhilde und Hans Schmalisch, eine Kulturoase mit „Wohlfühl-Stimmung“ zu gestalten, die viele Besucher und Besucherinnen anzieht. Im Galeriecafé, in dem Bilder, Keramik, Schmuck und Einzelausstellungen gezeigt werden,

Heute bietet die Būdnerlei Lehsten mit inzwischen 58 Urlaubsbetten neben Arbeitsplätzen für Ehepaar Schmalisch drei Vollzeit-Arbeitsplätze. Insbesondere das 2,5 ha große Grundstück benötigt intensive Pflege und auch an den alten Gebäuden sind laufend Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen. Zudem ist ein Ende der Restaurierungsarbeiten noch nicht abzusehen. ■



Politik für ländliche Räume braucht Neuorientierung



Dr. Gerd Landsberg wurde 1952 im bayerischen Wiesenbrunn geboren. Der Jurist, der in den 80er Jahren als Richter am Landgericht Bonn und im Justizministerium in Düsseldorf arbeitete, wurde 1992 zum Beigeordneten des DStGB gewählt. Als Leiter des damaligen Bonner Büros befasste sich Landsberg insbesondere mit Fragen des Umweltschutzes auf kommunaler Ebene. 1996 wurde der auch als Marathonläufer Aktive zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Städte- und Gemeindebundes gewählt. Seit 1998 leitet er den kommunalen Spitzenverband in Berlin.

Interview mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) über die Perspektiven ländlicher Räume und Konsequenzen für die praktische Politik

Wächst mit dem demografischen Wandel, der Abwanderung junger Menschen aus wirtschaftsschwachen ländlichen Regionen und der Alterung der Bevölkerung gerade in diesen Gebieten die Polarität zwischen Stadt und Land? Nimmt die Disparität innerhalb Deutschlands zu?

Landsberg: Disparitäten zwischen Stadt und Land sind ein Fakt. Zugleich ist festzustellen, dass Städte von einem gesunden und dynamischen Umland profitieren – und umgekehrt! Nicht die Steigerung von Polaritäten steht auf der politischen Agenda, sondern ein gegenseitiger fairer Umgang miteinander und der Ausbau der kommunalen Zusammenarbeit zum gemeinsamen Vorteil. Dafür gibt es vielfältige Beispiele und noch Entwicklungspotenzial.

Drohen ländliche Räume zu den Verlierern der demografischen Entwicklung zu werden?

Landsberg: Nein, denn die Kommunen in ländlichen Räumen sind und bleiben attraktive Wohn- und Wirtschaftsstandorte. In Westdeutschland gibt es – nicht zuletzt deswegen – einen seit Jahren anhaltenden Trend der Men-

schen, in das Umland der Städte abzuwandern. Zudem kann demografische Entwicklung – in der Stadt wie auch auf dem Land – als herausfordernde Chance begriffen und angegangen werden. Wegen der demografischen Entwicklung wird sich eine damit verbundene demografische Rendite ergeben, die die öffentliche Hand nutzen kann. Eine aktive Seniorenpolitik kann das große Potenzial älterer Menschen und deren Erfahrung nutzen. Die Konzentration auf altersspezifische Fragen und Bedürfnisse kann zu einem ausdifferenzierten Angebot an Infrastruktur und Dienstleistungen in den Regionen führen, die den Mut haben, sich auf langfristige Änderungen einzustellen. Hier werden im Übrigen auch erhebliche Marktchancen entstehen. Daraus können stabile wirtschaftliche Entwicklungen entstehen, die Arbeitsplätze, Nachfrage nach Waren und Diensten auslösen, z. B. in der sozialen und gesundheitlichen Betreuung der älteren Bevölkerung. Mit den Antworten auf veränderte Nachfragen entstehen letztlich wieder Perspektiven.

Ist die Forderung des Grundgesetzes nach gleichwertigen Lebensbedingungen innerhalb des Bundesgebietes noch zeitgemäß?

Landsberg: Daran kann gerade jetzt kein Zweifel bestehen. Eine Konzentration von Fördermaßnahmen auf Metropolregionen und städtische Gebiete stünde auch im Widerspruch zu den Grundlagen des EG-Vertrags, der eine gleichmäßige Entwicklung von städtischen Gebieten und ländlichen Räumen innerhalb der EU verlangt. Auch die Bundesregierung hat bekräftigt, das Leitmotiv der nationalen Raumordnungspolitik, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, nicht in Frage stellen zu wollen.

Was heißt das für die Politik?

Landsberg: Für die Politik bedeutet das, dass sie diesem Grundsatz Taten folgen lassen muss. So müssen die wirtschaftlichen Potenziale ländlich geprägter Gebiete sowie kleinerer Städte und Gemeinden noch effektiver genutzt und gefördert werden als bisher. Insbesondere muss verhindert werden, dass eine Fokussierung der EU-Förderpolitik auf Metropolregionen und städtische Gebiete zu einer Vernachlässigung insbesondere strukturschwacher ländlicher Regionen in Deutschland führt. Mittel- und langfristig wird nur ein gleichberechtigtes Miteinander starker Regionen, Städte und ländlicher Gebiete gewährleisten, dass die Herausforderungen der Demografie, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung, des Gesundheitswesens sowie des Klima- und Umweltschutzes gemeinsam gemeistert werden können. Dabei sind verstärkt interkommunale Kooperationen sowie die Zusammenarbeit privater und öffentlicher Akteure im Bereich der Raumentwicklung zu nutzen.

In der Bundespolitik gibt es bislang unterschiedliche Signale, welchen Stellenwert ländliche Räume künftig einnehmen sollen. Wie bewerten Sie unterschiedliche Akzentsetzungen beispielsweise aus den Ressorts für Raumordnung und Landwirtschaft?

Landsberg: Zunächst begrüßen wir es, dass sich die Aufmerksamkeit für die ländlichen Räume sowohl aus den Raumordnungsministerien, als auch aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium speist. Darüber hinaus befasst sich auch das Bundesministerium für Wirtschaft mit den ländlichen Räumen. Die konkreten Maßnahmen der regionalwirtschaftlichen Förderung tragen erheblich zur Entwicklung bei. Jedenfalls sind sie im Verhältnis zu den Beiträgen der Landwirtschaft für die Entwicklung der Regionen um ein Vielfaches wirksamer. Wir hören aus dem Agrarressort immer wieder, die ländliche Entwicklung solle von der Landwirtschaft gelöst werden. Wenn das umgesetzt wird, dann begrüßen wir das sehr. Alles deutet darauf hin, dass wir nach 2013 aus Wettbewerbsgründen keine oder nur vernachlässigenswert kleine direkte Unterstützungsbeiträge für die landwirtschaftlichen Betriebe haben werden. Wir haben bei Kohle und Stahl wie beim Schiffbau gesehen, dass sektorale Hilfen abgebaut werden. Auch der Sektor Landwirtschaft wird Gegenstand des Subventionsabbaus werden. Umso wichtiger ist es, dass diese Mittel in die Regionalentwicklung gelenkt werden.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium denkt über eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) nach. Dabei geht es u. a. darum, eine Förderung von Kleinstunternehmen auch außerhalb der Landwirtschaft zu ermög-

lichen. Wie stehen Sie zu der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur als ein zentrales Förderinstrument zur ländlichen Entwicklung?

Landsberg: Wir würden den Umbau der GAK zu einer Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung sehr begrüßen. Das wäre ein Zeichen für eine nachhaltige Neuorientierung der Politik für ländliche Räume. Allerdings haben wir zzt. nur eine Gemeinschaftsaufgabe, die gesetzlich auf die im Titel genannten Bereiche begrenzt ist. Alle anderen, von allen anerkannt sinnvollen Einsatzmöglichkeiten sind fragile Hilfskonstruktionen. Sie bleibt im Kern eine Agrarförderung und ist deshalb im Kern nicht als Instrument zur Entwicklung ländlicher Räume geeignet.

Welche Änderungen in der GAK-Förderung halten Sie für notwendig?

Landsberg: Der Umbau der GAK muss so erfolgen, dass wir ein Instrument der Regionalentwicklung erhalten. Es muss in der Lage sein, die in den Regionen wichtigen Betriebe zu stärken. Dazu gehören natürlich auch die landwirtschaftlichen Unternehmen. Sie prägen das Landschaftsbild und tragen damit zum Tourismus bei, sie produzieren Nahrungsmittel und tragen damit zur Entwicklung des Lebensmittel verarbeitenden Gewerbes bei und sie produzieren nachwachsende Rohstoffe. Es muss gewährleisten, dass regional tätige Unternehmen Innovationen in Produkt- und Dienstleistungsangebote umsetzen können. Eine dauerhafte Vernetzung der Akteure beispielsweise durch Regionalmanagementprozesse könnte hilfreich sein. Schließlich müsste das neue Instrument auch neue Förderphilosophien umsetzen können. So gibt es beispielsweise Stadtentwicklungsfonds, die nicht rentierliche Projekte der Stadtent-

wicklung finanzieren. Im Bereich der ländlichen Entwicklung fehlt so etwas, obwohl die Komponenten da sind – deshalb sollten revolving-Fonds für die ländliche Entwicklung geschaffen werden.

Kann das Metropolenkonzept der Raumordnungsminister der Länder die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft sein?

Landsberg: Zu den zentralen gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen in Deutschland gehören die aktive Gestaltung des demografischen Wandels, eine Entschuldung der öffentlichen Haushalte sowie auch eine breit angelegte Bildungsoffensive. Schon diese Herausforderungen zeigen, dass das Metropolenkonzept der Raumordnungsminister kaum zur Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben geeignet sein kann. Ob und inwieweit eine Kommune ihre Zukunftsaufgabe bewältigt, hängt nicht von ihrer Zugehörigkeit zu einer Metropolregion ab. Maßgeblich ist vielmehr, ob die Kommune im Sinne der Leitlinie „Stärken stärken“ und damit durch eigenes Handeln ihre speziellen Herausforderungen offensiv angeht.

Das sehen Sie durch das Metropolenkonzept nicht gewährleistet?

Landsberg: Nein. Dieses Konzept birgt die Gefahr, dass durch eine einseitige Förderung der Ballungszentren neue Gräben zwischen Stadt und Land aufgerissen werden. Damit würden die Chancen und Wertschöpfungsmöglichkeiten der ländlichen Gebiete, in denen über die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung erbracht wird, vertan. Um gerade in peripheren ländlichen Gebieten Wachstumskräfte zu entwickeln, müssen Europa, der Bund und die Länder daher insbesondere hier Perspektiven für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort schaffen.

Was folgt daraus?

Landsberg: Daraus folgt insbesondere, dass die Politik in Deutschland den ländlichen Raum nicht zu einem reinen Thema nur für Agrarier und für die Landwirtschaftsministerien macht. Was wir brauchen, ist keine einseitige Metropolenkonzeption, sondern eine umfassende Strategie, die die Kooperation zwischen Stadt und Umland als Gebot der Stunde erkennt und den ländlichen Raum mit einem konzertierten Entwicklungsprogramm einbezieht.

Der demografische Wandel stellt völlig neue Anforderungen an die künftige Daseinsvorsorge. Ist die Einsicht dafür bei den politisch Verantwortlichen auf kommunaler Ebene ausreichend vorhanden?

Landsberg: Richtig ist, dass die Einsicht in den demografischen Wandel und in die z. T. erheblichen Bevölkerungsverluste und Schrumpfungsprozesse vor Ort ein nicht selten schmerzhafter Prozess war und ist. Grund ist, dass viele Kommunen ihre Entwicklung in der Vergangenheit auf Wachstum angelegt haben. Dennoch haben immer mehr Städte und Gemeinden in jüngerer Zeit ihre entwicklungspolitischen Leitlinien, insbesondere im Bereich der Bauleitplanung, an der demografischen Entwicklung und an der Alterung der Gesellschaft ausgerichtet. Eine Hinwendung zur Innenentwicklung und weniger Baulandausweisungen auf der Grünen Wiese sind hierfür ebenso ein Beleg wie eine aktive Seniorenpolitik, die das Potenzial, aber auch die Erfahrungen älterer Menschen in die Gemeindeentwicklung mit einbezieht. Auch die Schulentwicklungsplanung, die z. B. aufgrund zurückgehender Bevölkerung insbesondere in einigen Städten und Gemeinden der neuen Länder dazu geführt hat, dass viele Schulen zusammengelegt worden sind, ist ein Beispiel

für eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels in den Kommunen. Schließlich ist eine immer verstärkter stattfindende interkommunale Kooperation, etwa in den wichtigen Bereichen der Wasserver- oder auch der Abwasser- und Abfallentsorgung zu nennen.

Welche neuen Ansätze sehen Sie für die künftige Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung insbesondere in abgelegenen ländlichen Räumen?

Landsberg: Auch in den ländlichen Regionen brauchen wir eine ausreichende ortsnahe gesundheitliche Versorgung durch niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser. Dies ist schon deshalb notwendig, um bei einer älter werdenden Gesellschaft die Menschen wohnortnah und wenn möglich in der häuslichen Umgebung versorgen zu können. Anderenfalls würde gerade in diesen Regionen der Run auf die Pflegeheime zunehmen. Tatsächlich sind die Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für Ärzte und medizinisches Personal im ländlichen Raum häufig unzureichend. Die vom Bundesgesetzgeber beschlossenen und ab 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Neuregelungen im Vertragsarztrecht bieten eine Chance zur Verbesserung der Situation. Insbesondere die Flexibilisierung und Liberalisierung des Vertragsarztrechtes bietet die Chance, die Unterversorgung in ländlichen Gebieten zu verhindern bzw. zu beseitigen. Darüber hinaus sollte das Modell der „Gemeindeschwestern“ ausgebaut werden. Mobile Krankenschwestern können in engem Kontakt mit den Hausärzten die Pflege und Betreuung von Patienten in ländlichen Regionen mit übernehmen und damit die Ärzte entlasten.

Was bedeutet der demografische Wandel für die künftige Mobilität in peripheren Gebieten?

Landsberg: Hinsichtlich der Mobilität werden wir uns darauf einstellen müssen, dass der öffentliche Personennahverkehr in ländlichen Regionen „automobiler“ wird. Die Menschen haben nicht mehr nur das Ziel, morgens zur Arbeit und nachmittags wieder nach Hause zu fahren. Wir haben von der Schule, über den Einkauf, Behördengänge und Freizeitgestaltung räumlich und zeitlich ganz verschiedene und vor allem individuelle Ziele. Die Alternativen zu einem Busverkehr können Anrufsammelfahrten sein, die mit Pkw oder Kleinbussen durchgeführt werden. Solche Angebote können durch eine aktive Bürgerschaft in Form von Bürgerbussen sogar selbst erbracht werden. Damit wird sozusagen die private Mitnahme professionalisiert. Das funktioniert schon jetzt in vielen Gegenden und wird ausgebaut werden.

Lässt sich ein angemessenes schulisches Angebot aufrechterhalten?

Landsberg: Insbesondere im ländlichen Raum gehören Schulen zu einem wichtigen Standortfaktor. Auch dort muss ein hochwertiges Schulangebot aufrechterhalten werden. Nach dem Motto „Kurze Beine, Kurze Wege“ müssen insbesondere Grundschulen ortsnah zur Verfügung stehen. Die Länder stehen in der Pflicht, die dafür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, aber auch neue Formen z. B. der interkommunalen Kooperation auszuprobieren. Schulverbände, wie es sie im Bereich der Volkshochschulen bereits gibt, müssen auch für Schulen geprüft werden. In kleineren Gemeinden könnte durch klassenübergreifenden Unterricht das Schulangebot sichergestellt werden.

Es gibt eine Diskussion über eine „digitale Kluft“ zwischen Stadt und Land sowie Kritik an einer unzureichenden Versorgung gerade peripherer ländlicher Gebiete mit Breitbandanschlüssen. Für wie gravierend halten Sie das Problem?

Landsberg: Es liegt auf der Hand, dass Gebiete ohne Breitbandzugang im Standortwettbewerb benachteiligt sind. Durch den Einsatz breitbandiger Internetkommunikation können gerade mittelständische Unternehmen die Zusammenarbeit mit Kunden und Lieferanten erheblich verbessern. Umgekehrt kann der Mangel an breitbandiger Kommunikationstechnik für eine Standortentscheidung ein Ausschlussgrund sein. Nach Informationen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie nutzten bereits im Jahr 2005 etwa 55 % der mittelständischen Unternehmen mit 20 bis 499 Mitarbeitern Breitbandtechnologien. Dieser Trend wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen, und der Breitbandanschluss wird sich als wichtiger Standortfaktor und Ansiedlungskriterium dauerhaft etablieren.

Welche Aufgabe hat der Staat, um bestehende Defizite zu beseitigen?

Landsberg: Schon im Jahr 2005 haben sich Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik das Ziel gesetzt, im Rahmen einer gemeinsamen Breitbandinitiative noch deutlich vor dem Jahr 2010 mindestens die Hälfte aller privaten Haushalte an das Hochleistungsinternet anzuschließen. Es wäre jedoch ein schwerer Nachteil für ländliche Regionen, wenn die ehrgeizigen Ausbauziele von Wirtschaft und Politik zwar erreicht, jedoch ganz überwiegend in Bevölkerungszentren realisiert würden. Vielmehr muss angestrebt werden, kommunikationstechnische Chancengleichheit zu

schaffen, auch und gerade auf dem Land. Ein generelles Kommunikationsinfrastrukturgefälle zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten ist nicht hinnehmbar. Der Bund hat in diesem Zusammenhang eine Ausgleichsverpflichtung im Rahmen seines grundgesetzlichen Auftrags zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse erlassen. Entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes und daraus folgenden Zielsetzungen des Raumordnungsgesetzes sollen in allen Teilräumen des Bundesgebiets gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden.

Wie beurteilen Sie die Förderung der Versorgung von ländlichen Kommunen mit Breitbandanschlüssen im Rahmen staatlicher Förderprogramme?

Landsberg: Staatliche Programme, die eine plattformunabhängige Förderung von Breitbandinfrastruktur in ländlichen Gebieten zum Ziel haben, sind insgesamt sehr zu begrüßen. Es existieren noch zahlreiche Regionen und Kommunen, die aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht mit DSL versorgt werden können. Dort versagt der Markt. Vielfach greifen betroffene Kommunen bereits zu Eigenhilfe und nehmen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung Verbindung mit in Frage kommenden Infrastrukturanbietern auf, um zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, die Wirtschaftlichkeitsgrenze durch eigene Beiträge zu erreichen. Hier genau sollte staatliche Förderung ansetzen, um die Konditionen für die Kommunen günstig zu gestalten. Eine 100 %-Förderung bzw. ein möglichst geringer Eigenanteil der Kommunen wären dem Erfolg solcher Fördermaßnahmen sicher zuträglich.

Rainer Münch

Erhalt kleiner Sparkassen wichtig für ländliche Entwicklung

Nicolaus Petersen*

Im Rahmen einer Diplomarbeit am Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn wurde die Bedeutung der Sparkassen für die Entwicklung ländlicher Räume am Beispiel des Bundeslandes Schleswig-Holstein untersucht. Im Folgenden werden die Ergebnisse dargestellt.

Die ländlichen Räume stehen seit längerer Zeit vor großen Herausforderungen. Waren es früher häufig die ungleichen Lebensbedingungen, die die ländlichen Räume von den städtischen unterschieden, hat sich dieses Bild heute gewandelt und wir sprechen

nicht mehr von dem ländlichen Raum, sondern den ländlichen Räumen. Hieran wird deutlich, dass der ursprüngliche ländliche Raum kein homogener Raum mehr ist, sondern unterschiedliche Strukturen aufweist, die auch unterschiedliche Maßnahmen der Regionalentwicklung benötigen. Allerdings ist allen gemein, dass für die wirtschaftliche Entwicklung die Kapitalverfügbarkeit ein unabhängiges Mittel ist. Diese Kapitalverfügbarkeit wird in Deutschland maßgeblich durch Kreditinstitute mitbestimmt, zu denen auch die Sparkassen gehören.

Sparkassen im Veränderungsprozess

Die Sparkassen als Gruppe von Kreditinstituten in Trägerschaft von (in der Regel) öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften¹ haben in Deutschland nach eigenem Bekunden das Ziel, eine flächendeckende Kreditversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dies geschieht durch die regionale Präsenz der Sparkassen in



* Nicolaus Petersen, freiberuflich tätiger Diplom-Geograph mit den Schwerpunkten „Ländliche Regionalentwicklung“ und „Geographische Energieforschung“, Fon (04671) 1476, E-Mail nico.petersen@gmx.de. Auf Anfrage besteht die Möglichkeit der Zusendung der Diplomarbeit.

¹ Im weiteren Verlauf wird noch deutlich, dass dies in Schleswig-Holstein nur mit Einschränkungen gilt, da es hier vier sog. „Freie öffentliche Sparkassen“ gibt, die in Form von Aktiengesellschaften organisiert sind.

ganz Deutschland. Der dezentrale Aufbau der Sparkassen-Finanzgruppe mit zzt. bundesweit mehr als 450 rechtlich selbstständigen Sparkassen-Instituten bildet die Basis des öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutsektors.

Vergleichbar mit dem gesamten Kreditinstitutswesen vollziehen auch die Sparkassen derzeit einen Strukturwandel. Dieser steht insbesondere im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Weltfinanzsystems, die auch Auswirkungen auf das nationale Bankensystem der Industrienationen mit sich bringt. Gekennzeichnet ist diese Entwicklung durch:

- steigenden Wettbewerbsdruck
- Globalisierung der Kapitalmärkte
- Käufermarkt mit hoher Markttransparenz
- stark gestiegene Kosten für die Gewinnung neuer Kundenverbindungen
- Rückgang der Zinsüberschüsse bei gleichzeitigem Ausgleich durch Provisionsgeschäfte

Aufgrund dieser Herausforderungen reagierten viele Sparkassen in der näheren Vergangenheit mit Fusionen oder verstärkter Kooperation innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Veränderungen, die die ländlichen Räume seit geraumer Zeit durchlaufen, sind ebenfalls gravierend. Um der Thematik nachzugehen, wurde auf mehrere der Wirtschaftsgeographie zugehörige Theorieansätze und empirische Untersuchungsmethoden zurückgegriffen. Im Kern der Analyse standen dabei die Determinanten des regionalen Wirtschaftswachstums².

Positiver Einfluss der Sparkassen auf die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume

Bezüglich der Analyse der Determinanten des regionalen Wirtschaftswachstums konnte ein Einfluss der Sparkassen auf die Entwicklung ländlicher Räume explizit belegt werden. Dies gilt in besonderer Weise in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Aktivgeschäft (Kredit-/Darlehensvergabe) und Sponsoringaktivitäten/Stiftungswesen. Anhand eines Fallbeispiels aus dem Bereich „Aktivgeschäft“ wird hierauf näher eingegangen.

Fallbeispiel „Spar- und Leihkasse zu Bredstedt“

Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt ist eine der kleinsten Sparkassen Deutschlands. Sie nahm in der Sparkassenrangliste zum Ende des Wirtschaftsjahres 2005 nach der Höhe der Bilanzsumme Platz 436 von damals 463 Sparkassen ein. Im Gegensatz zu den meisten Sparkassen in Deutschland ist sie in privatwirtschaftlich organisierter Form und seit 2004 als Aktiengesellschaft am Markt aktiv.

Der im Jahr 2000 amtierende Vorstand hatte sich vor dem Hintergrund des Booms im Bereich der regenerativen Energien zu einer Konzentration der Kreditvergabe in diesem Wirtschaftsbereich entschlossen. Aufgrund der Lage des ursprünglich vertraglich mit der öffentlich-rechtlichen Nachbarkasse vereinbarten Geschäftsgebiets an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins (Kreis Nordfriesland) wurde die Projektfinanzierung im Bereich der Windenergie in den Anfangsjahren favorisiert. Sie wird mittlerweile durch Finanzierungen ergänzt, die auch die Technologien „Photovoltaik“ und „Biogas“ einschließen. Abbildung 1 zeigt die Steigerung des jährlichen prozentualen Anteils der Kreditengagements der Sparkasse Bredstedt in diesem Bereich im Vergleich zu den Gruppen „ländliche Sparkassen in S-H“ und „alle Sparkassen in S-H“ in den Jahren 2000 bis 2004.³

² Vgl. hierzu Schätzl, L.: Wirtschaftsgeographie 1 – Theorie (8. Auflage 2001), S. 98ff.

³ Die Grafik beinhaltet die Kreditvergabe der Sparkassen an Unternehmen des primären Sektors und solche innerhalb des Sektors Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau. Dies war notwendig aufgrund der unterschiedlichen Kategorisierung gleicher Kredite innerhalb verschiedener Sparkassen.

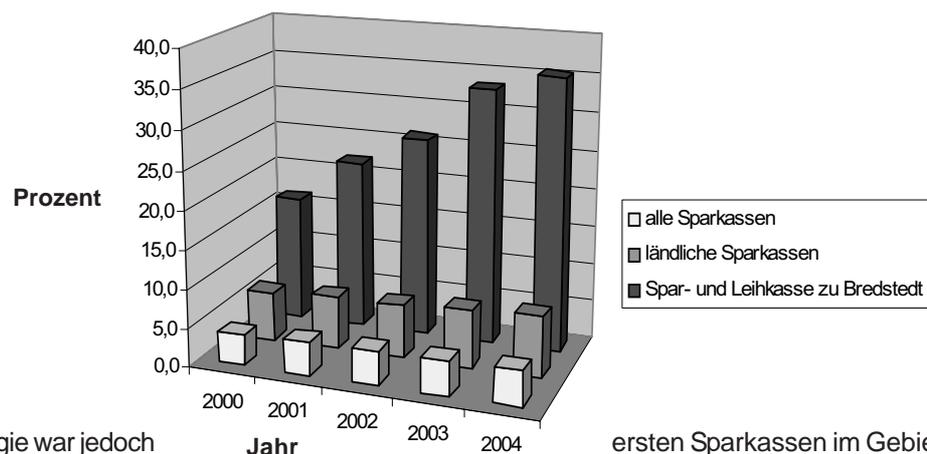
Hieraus wird die Bedeutung der Sparkassen bei der Unterstützung des in den ländlichen Gebieten bedeutsamen primären Wirtschaftssektors in beeindruckender Weise deutlich. Insbesondere die Unterstützung des Strukturwandels der landwirtschaftlichen Betriebe kommt hier zum Ausdruck. So wurden zahlreiche Projekte zum Bau von Biogasanlagen, Bürgerwindparks und Photovoltaikanlagen durch eine spezialisierte Beratungstätigkeit der Sparkasse im Bereich der Kreditvergabe gefördert.

Im Fall der Bredstedter Sparkasse war deren geschäftspolitische Strategie von entscheidender Bedeutung für die beschriebene Spezialisierung. Diese war durch die Umwandlung des Hauses in eine Aktiengesellschaft und eine strategische Beteiligung an der Hamburger Sparkasse, der größten Sparkasse Deutschlands, gekennzeichnet. Die Beteiligung stand insbesondere im Kontext des Erhalts der sog. „Freien öffentlichen Sparkassen“⁴ in Deutschland. An diesem Beispiel wird auch der Strukturwandel innerhalb des Sparkassensektors deutlich.

Strukturwandel des Sparkassensektors birgt Gefahr für die ländliche Entwicklung

Sparkassen haben in der Vergangenheit einen klaren Beitrag zur ländlichen Entwicklung geleistet und führen dies auch heute fort. Sie stehen bereits seit ihrer Gründung in einem Strukturwandel, der manchmal stärker, in anderen Jahren aber auch schwächer ausgeprägt ist. So waren bereits die Gründungen von Sparkassen die Folge von wirtschaftlichen Nöten innerhalb der Bevölkerung. Die

Abbildung 1: Kreditanteile an Unternehmer und Selbstständige der Wirtschaftsbereiche „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ und „Energie, und Wasserversorgung, Bergbau“



Eine solche Strategie war jedoch mit weit reichenden Anforderungen hinsichtlich der institutionellen Ausrichtung des Kreditinstituts verbunden. Hierzu zählen unter anderem

- eine enge Kundenbindung des Kreditinstituts,
- kurze Entscheidungswege,
- eine vertrauensvolle Kunde-Bank-Beziehung sowie
- teilweise die Kooperation mit einem finanzkräftigen Partner

ersten Sparkassen im Gebiet des heutigen Bundeslandes Schleswig-Holstein wurden aufgebaut, als die beiden Herzogtümer noch in Personalunion von der dänischen Krone mitregiert wurden. Aus diesem Grund waren die ersten Sparkassengründungen privatwirtschaftliche Initiativen, die sich auch heute noch in dem differenzierten Bild der Sparkassenlandschaft im nördlichsten Bundesland Deutschlands widerspiegeln. Hier befinden sich vier der sieben in privatwirtschaftlicher Rechtsform bestehenden Sparkassen

⁴ Zu den freien öffentlichen Sparkassen zählen die sieben in Deutschland noch bestehenden privatwirtschaftlich organisierten Sparkassen, die also nicht einer öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft (Stadt, Kreis, Land) als Träger zugehörig sind (vgl. www.verband-freier-sparkassen.de)

Deutschlands. Die Gründungen von Sparkassen der heutigen Form begannen in Schleswig-Holstein 1796 mit der Gründung der Sparkasse Kiel. In der Folgezeit kamen zahlreiche Institute dazu.

Den ersten großen Strukturwandel durchlebten diese Sparkassen insbesondere in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Dieser war ebenfalls durch eine starke Fusionswelle gekennzeichnet und stand damals im Kontext der Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der Aufnahme des Bauspar- und Versicherungsgeschäfts. In der Nachkriegszeit kam es dann in den 70er Jahren zur nächsten Fusionswelle, die erneut externe Ursachen hatte. Die damals ablaufenden Strukturänderungen auf der Seite der Träger im Zuge der Kommunalreform wirkten hierbei als Schub für Sparkassenzusammenlegungen. In dieser Zeit entstanden viele Häuser, deren Geschäftsgebiete Kreisgröße erhielten. Dennoch überlebten auch hier kleinere Häuser.

Der derzeit ablaufende Strukturwandel ist erneut durch die Reduzierung der Institutszahlen und die geographische und wirtschaftliche Vergrößerung der einzelnen Institute gekennzeichnet. So sank die Zahl der Sparkassen in Schleswig-Holstein seit dem Jahr 2000 von 29 auf 18 (14 öffentlich-rechtliche und 4 freie öffentliche Sparkassen). Auch wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass die Fusionen zu einem Rückzug aus der Fläche führen, ist eine Schließung von Geschäftsstellen in ländlich strukturierten Gemeinden zu beobachten. Allerdings ist dies auch mit der gestiegenen Mobilität der ländlichen Bevölkerung zu erklären, die eine (mit Mitarbeitern besetzte) Geschäftsstelle in jedem kleinen Dorf nicht notwendig erscheinen lässt.

Ein gravierendes Problem ist jedoch der mit dem Rückzug der Geschäftsstellen aus ländlichen Räumen verbundene Verlust zahlreicher Charakteristika der Sparkassen. Hierbei handelt es sich insbesondere um:

- die enge Kundenbindung,
- die für die klein- und mittelstädtische Kundschaft so wichtigen kurzen Entscheidungswege und
- somit die Gefährdung der engen Kunde-Bank-Beziehung.

Für die ländliche Entwicklung besteht insbesondere bei Zusammenschlüssen von Sparkassen, deren ursprüngliche Geschäftsgebiete verschiedenen Raumkategorien zugeordnet waren, die Gefahr einer Beeinträchtigung. So können die Kapitalflüsse aufgrund des wirtschaftlichen Aufbaus von Kreditinstituten innerhalb dieser nicht rückverfolgt werden, was dazu führt, dass bei Zusammenlegung dieser Sparkassen ein unbemerkter Transfer von Kapital aus den wirtschaftlich schwächer gestellten ländlichen Gebieten des Geschäftsgebiets in die wirtschaftlich stärkeren Gebiete prinzipiell nicht ausgeschlossen werden kann. Dieser Zusammenhang war und ist nicht mit ökonomischen Daten zu unterlegen.

Handlungsempfehlungen

Sparkassen in den **peripheren ländlichen Räumen** sollten überlegen, inwieweit eine Abkehr von den gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben zwingend erforderlich für den Erhalt des jeweiligen Hauses ist. Am Beispiel der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt konnte u. a. aufgezeigt werden, dass in den peripheren ländlichen Räumen der Erhalt kleiner Institutsseinheiten möglich ist. Auf diese Weise

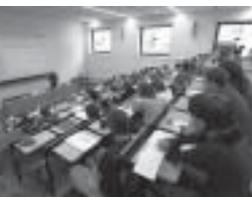
haben diese Häuser die Möglichkeit, die in den diversen Sparkassengesetzen vorgeschriebene Geschäftsausrichtung⁵ beizubehalten. Dies ermöglicht den Erhalt der engen Kundenbindung und kurze Entscheidungswege für die mittelständische Kundschaft und trägt maßgeblich zum Erhalt des Sparkassenwesens in ländlichen Räumen bei. Diese Strategie sollte eindeutig eine führende Stellung innerhalb der Geschäftsausrichtung einnehmen.

Für Sparkassen in der Nähe von **Agglomerationsräumen** ist eine solche Ausrichtung kaum möglich, da hier zwischen den Kreditinstituten der unterschiedlichen Bankengruppen ein stärkerer Konkurrenzkampf vorherrscht. Für diese Sparkassen gilt die Empfehlung, sich stärker an ökonomischen Entscheidungsvariablen zu orientieren. Hier sei ausdrücklich angemerkt, dass eine solche Orientierung auch ihren Ausdruck in Fusionen finden kann. Allerdings ist dies in diesen Räumen auch weniger problematisch, da aufgrund des Wettbewerbs die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen durch das Vorhandensein der Großbanken nicht in dem Maß gefährdet ist wie in den peripheren ländlichen Räumen. Für die Wirtschaftsentwicklung dieser Räume ist darüber hinaus eine Einschränkung sowieso nicht zu erwarten, da hier auch Agglomerationsvorteile den Wirtschaftsstandort allgemein stärken und sie damit die ländlichen Regionen in ihrer Nähe unterstützend fördern.

⁵ Vgl. diverse Sparkassengesetze der jeweiligen Bundesländer

Master-Studiengang

„Regionalentwicklung und Naturschutz“



Im Rahmen ihrer Profilierung als Ausbildungsstätte für den ländlichen Raum hat die Fachhochschule Eberswalde im Wintersemester 2006/2007 erstmals den Masterstudiengang „Regionalentwicklung und Naturschutz“ angeboten. Die derzeit 14 Studierenden werden diesen nach vier Semestern mit dem „Master of Science“ abschließen. Dabei können Spezialisierungsfächer wie Bodenkunde und Umweltbildung im Zeugnis besonders ausgewiesen werden.

Von den Studierenden wird das breite Angebot an Wahlfächern, z. B. Naturschutzmanagement, Umweltmonitoring, GIS, Fernerkundung, 3 D-Modellierung von Landschaften, besonders geschätzt. Obwohl Regionalentwicklung auch an anderen Fachhochschulen belegt werden kann, ist

das Masterstudium dieser Ausrichtung in Deutschland einzigartig. Der Bereich Regionalentwicklung umfasst Fächer wie „EU-Recht- und Strukturfonds“, „Regionalmarketing“, „Kommunale Verwaltung und Governance“ etc.

An der kleinsten Fachhochschule Brandenburgs mit insgesamt 1 500 Studierenden herrscht eine sehr persönliche Studienatmosphäre und die technische Ausstattung ist – wie an vielen Hochschulen in den neuen Bundesländern – sehr gut. Studierende genießen die waldreiche Landschaft ebenso wie die Nähe zu Berlin und nutzen die günstigen Mietkosten.

Der Masterstudiengang „Regionalentwicklung und Naturschutz“ nimmt neue Studierende zum Wintersemester 2007/2008 auf. Die Webseiten unter www.fh-

eherswalde.de bieten umfassende Information und ermöglichen das Downloaden der Bewerbungsunterlagen. Angenommen werden Bewerber/-innen, die mindestens einen Bachelor-Abschluss in Fächern wie Agrar-, Forstwirtschaft, Umwelt- und Raumplanung, Geografie, Landschaftspflege etc. aufweisen können.

Mit speziellen Fragen können sich Interessierte an den Autor wenden, der als Studienfachberater tätig ist:

Prof. Dr. Horst Luley,
Fachgebiet „Soziale Prozesse
und Regionalentwicklung“
Fachhochschule Eberswalde
Friedrich-Ebert-Str. 28,
16225 Eberswalde,
Fon (03334) 657-324
E-Mail hluley@fh-eherswalde.de

Dr. Hans-Hermann Bentrup 70 Jahre

Am 25. Juni 2007 beging Staatssekretär a. D. Dr. Hans-Hermann Bentrup seinen 70. Geburtstag. Seit 1989 gehört Bentrup dem Vorstand der ASG an, dessen Vorsitz er im November 1998 übernommen hat.

Nach landwirtschaftlicher Lehre, agrarwissenschaftlichem Studium, Promotion und landwirtschaftlicher Referendarausbildung übernahm Dr. Bentrup verschiedene Aufgaben im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium.

Von 1985 bis 1995 war er Staatssekretär im erweiterten Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nord-

rhein-Westfalen und widmete sich hier allen Bereichen der Umweltpolitik, dem Verbraucherschutz, der ökologischen Ausrichtung von Land- und Forstwirtschaft und der Landesentwicklung. Anschließend arbeitete Bentrup bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2000 als Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg.

Durch seine langjährige Tätigkeit als Staatssekretär in einem west- und einem ostdeutschen Landwirtschaftsministerium gilt Dr. Bentrup als ein ausgewiesener Kenner des gesamtdeutschen Agrarsektors.

Er setzt sich engagiert für eine multifunktionale Landwirtschaft ein, in der Natur- und Tierschutz ebenso ihren Platz haben wie ökonomische Belange. Landwirtschaft muss seiner Meinung nach auch Landschaft produzieren, weil eine lebenswerte Umwelt auch als Standort für Industrie und Gewerbe eine hohe Attraktivität besitze. In der Umsetzung dieser Zielsetzung sah und sieht er eine wichtige Aufgabe der ASG.

Die ASG gratuliert ihrem Vorsitzenden sehr herzlich und hofft, dass er noch viele Jahre seinen Sachverstand in ihre Arbeit einbringt.

Dr. Ernst-Hermann Taucher 75 Jahre

Am 30. Mai 2007 beging Dr. Ernst-Hermann Taucher seinen 75. Geburtstag. Der gelernte Landwirt und promovierte Agraringenieur war nach beruflichen Stationen bei der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Hauptverband der Landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V. (HLBS), der Alfred-Haupt-Stiftung und dem Verlag „Pflug und Feder GmbH“ von 1974 bis zu sei-

ner Pensionierung im Jahr 1997 Geschäftsführer und Sprecher der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG).

Dr. Taucher ist seit 49 Jahren Mitglied der ASG und zweifelsohne ein sehr engagiertes. Er hat sich immer wieder mit großem Sachverstand für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse auf dem Land und die Verbesserung der Agrarstruktur eingesetzt. Dem ASG-Vorstand gehörte Dr. Taucher von 1983 bis 1989 und dem Kuratorium von 1989 bis 1998 (ab

1994 als stellvertretender Präsident) an.

Für sein langjähriges berufliches und ehrenamtliches Engagement für die Verbesserung der Agrarstruktur und für die Tätigkeit der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen wurde er 1997 mit der Professor Niklas-Medaille geehrt.

Die ASG gratuliert Dr. Taucher herzlich zu seinem Geburtstag und wünscht ihrem langjährigen Mitstreiter alles Gute für die kommenden Jahre.

StS. a.D. Günther Wegge 75 Jahre

Am 18. Juni 2007 feierte Staatssekretär a. D. Günther Wegge seinen 75. Geburtstag. Wegge, der nach einer landwirtschaftlichen Lehre und dem Landwirtschaftsstudium in Göttingen und Bonn als Gutsverwalter und Gutspächter arbeitete, wechselte Anfang der 1960er Jahre zu AGRA-EUROPE, wo er als Agrarjournalist tätig war. Zwischen 1965 und 1971 war er Referent und Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, 1972 bis 1975 Gruppen-

leiter im Bundeskanzleramt und von 1975 bis 1990 Unterabteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium. Als Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin begleitete der damalige Ministerialdirigent im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bis 1990 die politische Wende. Bis zu seinem Ruhestand 1996 war er Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg.

Seit 1989 ist Günther Wegge Mitglied des Kuratoriums der ASG und beteiligt sich in dieser Funktion bis heute aktiv an der Diskussion über Landwirtschaft und Ländliche Räume. Die Agrarsoziale Gesellschaft e. V. gratuliert ihm herzlich zum Geburtstag und wünscht ihm alles Gute für die kommenden Jahre.

Leo Blum in den Verwaltungsrat des neuen Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen gewählt

Die Mitgliederversammlung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen hat auf ihrer Sitzung am 21. Mai 2007 in Berlin Leo Blum, Vorstandsvorsitzender der Spitzenverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, in den Verwaltungsrat gewählt. Blum vertritt als Arbeitgebervertreter die Kassenarten Deut-

sche Rentenversicherung, Knappschaft-Bahn-See, See-Krankenkasse und landwirtschaftliche Krankenkassen. Die Gründung des neuen Spitzenverbandes geht auf das zum 1. April 2007 in Kraft getretene Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbes in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) zurück.

Der Verwaltungsrat besteht aus 41 Mitgliedern. Die Sitzverteilung orientiert sich an den Marktanteilen der verschiedenen Kassenarten. Der neue Dachverband schließt künftig in wichtigen Bereichen einheitliche Verträge für die Krankenkassen. Er trägt damit Verantwortung für ein Ausgabenvolumen von rund 150 Mrd. € Darüber hinaus trifft er gesundheits- und sozialpolitische Grundsatzentscheidungen.

Stefan Baldus neuer Staatssekretär im Thüringer Landwirtschaftsministerium

Stefan Baldus übernimmt die Nachfolge von Prof. C. Juckenack als Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt. Juckenack wechselt im Zuge der Umstrukturierungen in das Wirtschafts-

ministerium. Für Baldus bedeutet die Amtsübernahme eine Rückkehr in eine wohlbekannte Position. Der ehemalige Landrat aus Bad Salzungen und Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Südwest-Thüringen mbH bekleidete

bereits 2003 den Posten des Staatssekretärs im Thüringer Landwirtschaftsministerium bevor er 2004 im Thüringer Innenministerium tätig wurde. Die ASG wünscht Stefan Baldus viel Erfolg bei seinen Aufgaben. ■■

Wechsel im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft: Dr. Jürgen Staube folgt Wolf-Eberhard Kuhl

Der Amtschef des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft, Wolf-Eberhard Kuhl, wechselt nach über siebenjähriger Amtszeit nach Brüssel und übernimmt dort die

Leitung des Sachsen Verbindungsbüros. Seine Nachfolge hat am 1. Juli 2007 Dr. Jürgen Staube, bisheriger Staatssekretär im Innenministerium, angetreten. Staube wurde 1951 geboren und

war von 1990 bis 2000 bereits Abteilungsleiter im Umwelt- und Landwirtschaftsministerium. Die ASG wünscht Wolf-Eberhard Kuhl und Dr. Jürgen Staube viel Erfolg in ihren neuen Positionen. ■■

Wege zu einer Blühenden Landschaft



Foto: I. Fähring

Das Netzwerk Blühende Landschaft ist ein Zusammenschluss von Organisationen aus den Bereichen Imkerei, Naturschutz, Ökolandbau und Landschaftspflege. Sie alle haben sich zum Ziel gesetzt, den Blüten bestäubenden Insekten wieder eine Lebensgrundlage zu geben und dazu die Kulturlandschaft zum Blühen zu bringen.

Anschaulich wird in der Broschüre die schwierige Ernährungssituation für Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und andere Insekten dargestellt sowie deren Bedeutung für die Kulturlandschaft und das Ökosystem herausgearbeitet. Für Landwirtschaft, Gartenbau, Landespflege, Landschaftsplanung und Kommunen werden praxisnahe Handlungsempfehlungen, z. B. Anbauanleitungen für den Ackerbau, Nutzungsempfehlungen für Grünland, Empfehlungen

für Saatgutmischungen gegeben. Listen von insektenfreundlichen Stauden und Gehölzen, die Nektar und Pollen bieten, sowie Empfehlungen für eine insektenfreundliche Gestaltung von Waldsäumen, Hecken und öffentlichen Flächen ergänzen diese Informationen. Die einzelnen Kapitel können auch separat als Merkblätter bezogen werden.

Die Broschüre „Wege zu einer Blühenden Landschaft“ ist die gelungene Zusammenstellung von Handlungsleitfäden und Anregungen, um die Blütenvielfalt in der Land(wirt)schaft, in öffentlichen Grünanlagen und in Privatgärten wieder zu erhöhen. Eine überaus gut lesbare und praktische Handreichung, der eine weite Verbreitung und Anwendung zu wünschen ist.

Marion Ruppenner, Agrarreferentin beim Bund Naturschutz in Bayern e.V. ■■

Netzwerk Blühende Landschaft: Wege zu einer Blühenden Landschaft. 2006, 60 Seiten, 9,50 €
Zu bestellen bei: Mellifera e.V., Fischermühle, 72348 Rosenfeld, Fon (07428) 94 52 490, Fax (07428) 94 52 499, E-Mail info@bluehende-landschaft.de, www.bluehende-landschaft.de.

1000 Fragen für die junge Landfrau

Unternehmen Haushalt

Die Anforderungen an Privat- und Großhaushalte sind – in einer zunehmend globalisierten Welt – komplexer und vielfältiger geworden. Mit der fünften, neu bearbeiteten und erweiterten Auflage ihres im DLG-Verlag erschienenen Buches bieten Charlotte Daniel und Irmgard Schreiber-Kaspers ein Nachschlagewerk rund um Fragen der professionellen Haushaltsführung an und vermitteln gleichzeitig Fachwissen für die Qualifikation von hauswirtschaftlichen Fach- und Führungskräften.

In 14 Kapiteln beschäftigt sich das hauswirtschaftliche Fachbuch u. a. mit den Themen Haushaltsmanagement, vollwertige Ernährung, Hygiene, Umweltschutz, Hausgarten, Einkommensalternativen und Berufsbildung. Die Vermittlung von Grundlagen für eine konstruktive Auseinandersetzung mit den gestiegenen Herausforderungen in der Hauswirtschaft steht dabei im Vordergrund. Nach dem Konzept „Qualifizierung und Mobilität“, welches die Ausbildung für

alle Handlungsfelder der Haushalte, die Neuorientierung am Markt- und Konsumgeschehen sowie die Nutzung der Chancen durch Informations- und Kommunikationsmedien vorsieht, sollen die neuen Aufgaben praktisch umgesetzt werden.

Jedem Kapitel ist ein kurzer Einleitungstext vorangestellt, der den Einstieg in den Themenbereich erleichtert. Durch farbliche Schaubilder, Diagramme und Tabellen wird der Text leicht nachvollziehbar. Eine klare und komprimierte Strukturierung mittels Spiegelstrichen trägt zudem zur Verständlichkeit des Inhalts bei. Vereinzelt eingefügte Schwarzweiß-Fotos, z. B. von Hofläden oder -cafés, lockern die Darstellung auf.

Im Anhang des Buches sind zentrale Anschriften und Internetadressen verschiedener Institutionen aufgeführt, die dem Bezug weiterer Informationen dienen. Das Stichwortverzeichnis führt wichtige, in den Texten thematisierte Begriffe mit den entsprechenden Seitenzahlen auf.



Charlotte Daniel, Irmgard Schreiber-Kaspers: 1000 Fragen für die junge Landfrau. Unternehmen Haushalt. DLG-Verlag Frankfurt/Main 2005, 302 S., ISBN 3-7690-0639-9, 19,90 €

Insgesamt ist der Inhalt des Buches durch die anschauliche Darstellungsweise gut verständlich – auch ohne hauswirtschaftliches Vor- bzw. Fachwissen

CS

Umweltkonflikte verstehen und bewerten

Ethische Urteilsbildung im Natur- und Umweltschutz

Angesichts aktueller umweltpolitischer Themen wie Umweltverschmutzung, Artensterben, Umgang mit knappen Ressourcen oder Klimawandel stellen sich Fragen nach der ethischen Beurteilung dieser Probleme. Uta Eser und Albrecht Müller möchten mit

ihrem Buch v. a. Personen, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit Umweltkonflikten auseinandersetzen, bei der umweltethischen Urteilsbildung unterstützen.

Das Buch beinhaltet wissenschaftliche Beiträge verschiedener Autoren, in denen konkrete und aktuell diskutierte Umweltkonflikte als Ausgangspunkt ethischer Überlegungen dargestellt, die hinter den Umweltkonflikten stehenden ethischen Fragen erläutert und



Uta Eser, Albrecht Müller (Hrsg.): *Umweltkonflikte verstehen und bewerten. Ethische Urteilsbildung im Natur- und Umweltschutz*. Oekom Verlag München 2006, 200 S., ISBN 3-936581-097-5, 31,80 €

diese wiederum in den Zusammenhang der normativ-ethischen Theoriediskussion gesetzt werden. Diskutiert werden Fragen nach dem Zugang zu und der Verteilung von Ressourcen, Konflikte in Bezug auf die Zielsetzungen des Naturschutzes sowie angemessene Mittel einer nachhaltigen Energieversorgung. Konkrete Fallbeispiele stehen jedoch im Vordergrund, so dass diese Publikation einen praxisorientierten Beitrag zur umweltethischen Diskussion leistet und mit fachlichen

Hintergründen einen interessanten und qualifizierten Einstieg in die umweltethische Diskussion ermöglicht. Zu nennen sind hier der Widerstand gegen den Sardar-Sarovar-Staudamm in Indien, die Frage nach der Art des Mülltransports im Landkreis Tübingen oder der Ausbau der Offshore-Windenergie. Für die Lösung eines umweltethischen Problems steht eine Checkliste mit zu prüfenden Elementen, die aus der Methode umweltethischer Urteilsbildung abgeleitet wird, zur Verfügung. **cs**



www.citizenspanel.eu

2006 startete die European Association for Information on Local Development (AEIDL) mit Sitz in Brüssel eine Initiative zur Erstellung eines Europäischen Bürgergutachtens über die Zukunft des ländlichen Raums. Damit sollen die Ansichten europäischer Bürger über die Gestaltung ländlicher Entwicklungspolitik verstärkt in die Arbeit der Europäischen Union integriert werden. Bürgergruppen in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten und der Schweiz, deren zufällig ausgewählte Teilnehmer von Partnern vor Ort betreut wurden, hatten die Aufgabe,

nach einem Informationsinput jeweils ein regionales Gutachten zu erstellen. Als deutsche Mitgliedsregion fungierte Bayern, wo je 25 Teilnehmer aus den Landkreisen Landshut und Wunsiedel ausgewählt wurden. Jeweils zehn Mitglieder der regionalen Gruppen bildeten als Delegierte eine europäische Bürgergruppe, die ein gemeinsames Bürgergutachten entwickelte und im April 2007 dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen in Brüssel, Michel Delebarre, sowie der EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mariann Fischer Boel, vorstellte. Dieses europäische Bürgergutachten liegt nun auf der hier beschriebenen Website als pdf-Datei in verschiedenen Sprachen vor. Zu von ihnen selbst gewählten Schwerpunktthemen wie Jugend, Bildung, Verkehr, Landwirtschaft, Umweltschutz, Wirtschaft, Gesundheit, Beteiligung, Finanzierung und in-

tegrierte Entwicklung nahmen die Mitglieder der europäischen Bürgergruppe eine Problembeschreibung vor, entwickelten eine Vision und leiteten daraus Handlungsempfehlungen ab.

Auf der mehrsprachigen Website sind sowohl die Informationen, welche die Teilnehmer der Bürgergruppen bekamen, als auch die Vorgehensweise des Projektes und seine Ergebnisse strukturiert dargestellt. Noch sind zwar nicht alle regionalen Gutachten veröffentlicht; ein Besuch lohnt sich jedoch schon allein, um das den Bürgern ausgehändigte „Infopaket ländlicher Raum“, das von einem Lenkungsausschuss unter Beteiligung von Akteuren aus verschiedenen europäischen Ländern erstellt wurde, zu lesen. Dieses stellt eine kompakte und leicht verständliche Übersicht über Funktion und Definition des ländlichen Raums dar. **cb**

Zitate - Folge 77 - Zitate - Folge 77

„Wir dürfen aus Menschenrechtsverletzungen keinen Nutzen ziehen, selbst wenn das Haushaltsgeld knapp bemessen ist.“

- Oberkirchenrat Wilfried Neusel,
Evangelische Kirche im Rheinland,
in seinem Vorwort zu einer Studie des Südwind-
Instituts, Siegburg, über die Umstände,
unter denen Billigware produziert wird -

„Man ist lieber kurzfristig atemlos statt lang-
fristig nachdenklich.“

- Volker Hauff, Volkswirt, und
Günther Bachmann, Landschaftsplaner, zur
Nachhaltigkeit & Demografieentwicklung -

„Man braucht uns wieder.“

- Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen
Bauernverbandes, zu den Aussichten und
zur Stimmungslage der Landwirte -

„Täglich mit dem Rad zur Arbeit zu fahren,
kann einem aus verschiedenen Gründen ein
gutes Gefühl geben. Doch auch die Persön-
liche Klimabilanz des Einzelnen wird unbe-
stechlich und unerbittlich erst unter dem
Strich gezogen, und weil es da nicht um gute
Gefühle, sondern um schlichte Rechnungs-
posten geht, schläge dann beispielsweise ein
Urlaub in Australien, den (sich) zu missgön-
nen schon sehr schnöde wäre, höchst ne-
gativ zu Buche. Für die dabei in wenigen Stun-
den verbrauchte Energie könnte der umwelt-
bewusste Radfahrer locker ein Jahr lang mit
einem spritfressenden Auto kreuz und quer
durch die Republik kurven – und obendrein
auch noch wie der letzte Prolet am Sonntag
seine frisch gebackenen Brötchen mit dem
Auto vom Backshop nach Hause transpor-
tieren. Weshalb einer eine Reise tut, ist dabei
für die Bilanz völlig unerheblich. Dem Klima
schadet der Bildungsurlauber, der das kirgi-
sische Naturschutzgebiet erkundet, genauso
wie der Ballermann-Tourist.“

- Wolfgang Roth, Süddeutsche Zeitung -

Zitate - Folge 77 - Zitate - Folge 77

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
(0551) 49 709 - 26
ines.fahning@asg-goe.de

Layout: Elisabeth Wegerle, Webdesignerin
(0551) 49 709 - 32
elisabeth.wegerle@asg-goe.de

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung des Autors/der
Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall iden-
tisch mit der Meinung des Herausgebers oder
der Redaktion.

Erscheinungsweise sechsmal im Jahr

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnhofstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

**Nachdruck und sonstige Verbreitung
(auch auszugsweise)**
Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale
Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf.
Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice
Fon (0551) 49 709 - 0
Fax (0551) 49 709 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn
Monate nach Drucklegung auf der ASG-
Website als pdf-Datei verfügbar.

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement
„Ländlicher Raum“ beträgt 36 € inkl.
Porto. Für Mitglieder der ASG ist das
Abonnement im Mitgliedsbeitrag
(72 € Studenten 36 €) enthalten.

Konto Für Spenden und sonstige Förder-
beiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Die Herausgabe von „Ländlicher Raum“
erfolgt mit Förderung des Bundesministeri-
ums für Ernährung, Landwirtschaft und



Informationsmaterialien über den ökologischen Landbau – Agrarwirtschaft

Umfangreiches Unterrichtsmaterial zum ökologischen Landbau bietet diese CD-ROM für die Schwerpunktbereiche Landwirtschaft, Gartenbau, Obst- und Weinbau. Die CD-ROM enthält überwiegend PDF-Dateien mit einer sehr großen Zahl von Arbeits- und Lösungsblättern sowie Folien, Powerpoint-Präsentationen, methodisch-didaktischen Hinweisen und Hintergrundinformationen.

Bestell-Nr.: 5-4143, 2005



Öko-Landbau für ernährungswirtschaftliche Schulen

Wie die CD-ROM für die Agrarwirtschaft sind hier Unterrichtsmaterialien in großer Zahl und Materialvielfalt von Lehrern für Lehrer erarbeitet worden. Sie eignen sich ebenfalls vor allem für die Berufs- und Fachschulen im Fleischerhandwerk, Molkereiwesen, für Brauer und Mälzer, in der Fruchtsafttechnik, der Hauswirtschaft und Ernährung sowie im Lebensmittelhandel. Auch in den höheren Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I sowie in der Sekundarstufe II können die Unterlagen unterrichtsergänzend eingesetzt werden.

Bestell-Nr.: 5-4144, 2005



Öko-Landbau für allgemein bildende Schulen

Die Informationsmaterialien sind speziell für den Unterricht an Grundschulen und allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen I und II erstellt worden. Auf der CD-ROM enthalten sind Projektvorschläge und Unterrichtseinheiten als PDF-Dateien nach Altersstufen sortiert. Zusätzlich im Lieferumfang sind: Grundwissen Ökolandbau, ein interaktiver Bauernhof und eine Bibliothek mit Audio- und Bilddateien sowie Postern zum Thema Ökolandbau. Ein hoher Anteil handlungsorientierter Elemente bietet Ideen für einen interessanten, altersgerechten Unterricht.

Bestell-Nr.: 5-4146, 2005

Bestellmöglichkeiten

aid infodienst, Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft e.V.
Projekteinheit Ökologischer Landbau
Friedrich-Ebert-Straße 3, 53177 Bonn

oder direkt unter: www.aid-medienshop.de oder www.schule-oekolandbau.de

Mindestvoraussetzungen für alle drei CD-ROMs sind: Windows 98/ME/2000/XP, Pentium 166 MHz, 64 MB RAM, Soundkarte, Grafikkarte 1024 x 768 bei 16 Bit Farbtiefe, Acrobat Reader 4.0